Nachmittags-Ausgabe.

Annoncen-Annahme-Bureaus:
In Posen außer in der Expedition bei Krupski (C. H. Ulrici & Co.) Breitestraße 14; in Gnesen bei Herrn Th. Spindler, Markt- u. Friedrichstr.-Ecke 4, in Grätz bei Herrn L. Streisand; in Frankfurt a. M.: G. L. Daube & Co.

Posener Zeitung.

Vierundsiebzigster Jahrgang.

Annoncen-Annahme-Bureaus:
In Berlin, Hamburg, Wien, München, St. Gallen: Rudolph Mosse; in Berlin, Breslau, Frankfurt a. M., Leipzig, Hamburg Wien u. Basel: Haasenstein & Vogler; in Berlin: A. Retemeyer, Schloßplatz; in Breslau: Emil Kabath.

Nr. 584.

Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der Sonntage täglich erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 1½ Thlr., für ganz Preußen 1 Thlr. 24½ Sgr. — Bestellungen nehmen alle Postanstalten des In- u. Auslandes an.

Mittwoch, 13. Dezember

Inserate 1¼ Sgr. die sechsgespaltene Zeile oder deren Raum, Reklamen verhältnißmäßig höher, sind an die Expedition zu richten und werden für die an demselben Tage erscheinende Nummer nur bis 10 Uhr Vormittags angenommen.

1871.

Präsident Grant und die Novemberwahlen in der nordamerikanischen Union.

Am 4. Dezember d. J., demselben Tage, an welchem die französische Nationalversammlung zu Versailles zusammentrat, nahm auch der 41. Kongreß der Vereinigten Staaten in Washington City seine Arbeiten wieder auf. Es läge nahe, eine Parallele zu ziehen zwischen der Botschaft, mit welcher Präsident Grant am genannten Tage die Vertreter der großen transatlantischen Republik begrüßte und derjenigen, welche wenige Tage darauf Präsident Thiers den Deputirten der französischen Republik vorlas. Allein wir verzichten auf einen solchen Vergleich, vornehmlich aus dem Grunde, weil uns die amerikanische Botschaft nur auszugsweise und ohne die interessanten Berichte der einzelnen Minister vorliegt.

Präsident Grant betont mit Recht die durch ein friedliches Schiedsgericht erzielte Beilegung des Alabamastreites, der wiederholt zu einem ernstlichen Konflikte zu führen drohte. „Es ist ein Beispiel gegeben worden", sagte er, „welches möglicherweise von anderen Nationen befolgt und dazu dienen wird, Millionen von Menschen, die jetzt in Heeren und Flotten beschäftigt sind, der produktiven Industrie zurückzugeben." Hinsichtlich der von den Vereinigten Staaten seit langer Zeit angestrebten Verwirklichung von Rechtsgrundsätzen, welche in dem Washingtoner Vertrage, der die Alabama-Zwistigkeiten friedlich beilegte, verkörpert sind, bemerkte Präsident Grant, daß Unterhandlungen im Gange seien über die Form, unter welcher die Aufmerksamkeit der auswärtigen Mächte auf dieselben hingelenkt werden soll. Dem Passus, welcher den zwischen der Union und Italien zu Stande gekommenen Vertrage enthält, demzufolge im Falle eines Krieges zwischen den beiden Staaten Privateigenthum zur See nicht gekapert werden darf, ist die für Amerika schmeichelhafte Bemerkung hinzugefügt, daß die Vereinigten Staaten keine Gelegenheit haben vorbeigehen lassen, ähnlichen Prinzipien einen Platz unter den internationalen Verpflichtungen zu sichern. Interessant ist ferner der Satz: „Der Kaiser von Deutschland wünscht in Uebereinstimmung mit der gemäßigten und gerechten Politik zu handeln, welche die Vereinigten Staaten mit asiatischen Mächten und südamerikanischen Republiken unterhalten." Besonders hervorgehoben ist die Vertretung der Deutschen in Frankreich während des letzten Krieges durch den amerikanischen Gesandten und die dafür seitens der deutschen Regierung ausgesprochene Anerkennung. Die Abschaffung der Sklaverei in Brasilien wird als ein äußerst erfreuliches Ereigniß begrüßt, wobei der Präsident nicht verfehlt, strenge Maßregeln anzurathen, um zu verhindern, daß Bürger der Vereinigten Staaten im Auslande Sklaven besitzen, was jetzt vielfach der Fall ist.

Was die inneren Angelegenheiten der Union anbetrifft, so empfiehlt Grant eine Verminderung der Steuern und eine Herabsetzung der Zölle. Gegen die Polygamie der Mormonen soll energisch eingeschritten werden, ebenso gegen die Kuklux-Banden; dagegen wird bis zu einem gewissen Grade eine Amnestie für diejenigen in Aussicht gestellt, welche durch das 14. Amendement zur Bundeskonstitution ihrer politischen Rechte verlustig erklärt waren. Für die Nothleidenden in Chicago werden liberale Geldbewilligungen in Aussicht gestellt und eine zeitgemäße Reform des Militär- und Zivildienstes wird dringend in Erinnerung gebracht, namentlich ist die Abschaffung des Avancements beim Militär nach der Anciennetät angerathen.

Es unterliegt kaum einem Zweifel, daß die Botschaft Grant's wesentlich darauf berechnet ist, seine Wiederernennung und Wiedererwählung zum Präsidenten zu sichern; und man muß gestehen, daß sie in dieser Beziehung nicht ganz ungeschickt abgefaßt ist und ihren Zweck in gewissen Kreisen erreichen wird. Hierzu kommt nun noch, daß das Resultat der in einer Reihe von Unionsstaaten in der ersten Hälfte des Novembers abgehaltenen Wahlen der republikanischen Partei sehr günstig gewesen ist. Das Resultat dieser Wahlen hat die Erwartung Derer, welche auf ähnliche Resultate, wie die der Oktoberwahlen, rechneten, nicht getäuscht. Die demokratische Partei ist in allen Nordstaaten der Union unterlegen. Nur New-Jersey hat einen demokratischen Gouverneur erwählt, demselben aber eine Legislatur zur Seite gestellt, in welcher die republikanische Partei stärker vertreten ist, als bisher. Am schwersten ist die amerikanische Demokratie in New-York geschlagen worden; in diesem Staate aber nicht eigentlich von der republikanischen Partei, sondern von einer Kombination, bestehend aus Republikanern und ehrlichen demokratischen Reformfreunden, welche letztere ihr eigenes sogenanntes Parteiinteresse hintenansetzten, um der schmachvollen Korruption der demokratischen Tammany-Clique ein Ende zu machen. Der Kampf in New-York galt diesmal nicht irgend einem Parteiinteresse, sondern den Dieben ohne Unterschied der Partei. Treffend sagte in dieser Beziehung die „New-York Tribune":

Das Volk dieser Stadt und dieses Staates hat in der Novemberwahl ihren Glauben an die Vorschrift bekundet, die einst unter Donnerschlägen vom Sinai herabkam: Du sollst nicht stehlen! Dies ist die Moral des Wahrspruches des Volkes von New-York in der letzten Wahl, der mit Parteipolitik nur sehr wenig zu thun hatte. Rekonstruktion, Kuklux, Schutzzölle, Beamten-Reform, die nächste Präsidentenwahl — Alles zu seiner Zeit; in dieser Wahl dachte das Volk im Staate New-York kaum an diese Dinge, und die Bürger der Stadt New-York dachten gar nicht daran. Unser Volk schlug auf die Diebe, die es erreichen konnte, und es ist ihm gelungen, sie zu erschlagen. Das ist das Wesen dieser Wahl.

Die Novemberwahl in New-York dürfte mithin schwerlich ein Zeichen zu Gunsten des Herrn Grant sein. Anders steht es allerdings mit den Wahlen in Massachusetts, Illinois, Wisconsin, Kansas, Minnesota und New-Jersey. Hier siegten die Republikaner, deren Majorität aus Freunden und Anhängern von Grant bestand. In den südlichen Staaten Virginien, Mississippi, Arkansas und Alabama, in denen theils Legislatur-, theils Lokalwahlen stattfanden, siegte fast überall eine Kombination von Republikanern und Demokraten, wie vornehmlich unser Landmann Karl Schurz sie ins Leben rief, und diese Kombination ist durchschnittlich stark gegen die Wiedererwählung von Grant zum Präsidenten der Vereinigten Staaten.

Es ist gewagt, schon jetzt sichere Berechnungen über die Wiedererwählung des Herrn Grant anstellen zu wollen; als feststehend aber glauben wir behaupten zu können, daß die Stärke Grants nicht nach der Stärke der republikanischen Partei beurtheilt werden kann, welche letztere in den Novemberwahlen entfaltete. Wenn die demokratische Partei, wie dies vielfach von einflußreichen Mitgliedern derselben empfohlen wird, in geschlossener Phalanx mit den sogenannten liberalen Republikanern, deren Hauptführer bis jetzt Karl Schurz ist, zusammengeht, und wenn beide, die Demokraten und die liberalen Republikaner einen fähigen und populären Gegenkandidaten Herrn Grant gegenüberstellen, so ist es doch immer noch sehr leicht möglich, daß der jetzige Inhaber des „Weißen Hauses" zu Washington City bei der Präsidentenwahl im Jahre 1872 unterliegt.

R. D.

Deutschland.

⊙ **Berlin**, 12. Dezbr. Die Generaldiskussion des Etats hat einen sehr befriedigenden Verlauf genommen. Heut kamen nur noch Virchow und v. Wedell (Malchow) zum Wort. Die gestrigen Erörterungen waren so gründlich und erschöpfend gewesen, daß den beiden genannten Rednern nur übrig blieb, die Hauptgesichtspunkte noch einmal zu fixiren. Als wichtig ist hervorzuheben, daß Virchow für Camphausens Leistungen nichts wie Lob und Anerkennung hatte. Er stellt ihn weit über alle seine Amtsvorgänger, und dies allerdings auch mit Recht. Hierüber ist von rechts und links nur ein Urtheil laut geworden. An Wedells Rede gefiel die Versöhnlichkeit. Er ließ den Rednern von links das Verdienst, in scharfen Zügen die Hauptsachen hervorgehoben zu haben. Ja er bekannte sich ausdrücklich zu den meisten Ansichten von Lasker, Richter und Virchow, soweit dieselben auf die Kritik unserer Finanzlage sich beziehen. Man sieht schon aus der ganzen Art und Weise des Verlaufs der Spezialdiskussion, daß das Haus über den Etat rasch hinwegkommen will, um nur beim Kultusetat Halt zu machen. Reussirt die Kammer hierbei nicht, bleibt also Hr. v. Mühler nach wie vor im Amt, so würde eine so niederschlagende Erfahrung dazu beitragen, das gute Einvernehmen zwischen den übrigen Ministern und den Abgeordneten wesentlich zu trüben. Angenommen, Richter hätte schlechtweg Recht mit seinem gestrigen Ausspruch: „wir können wohl viel reden, aber wir haben nichts zu sagen", so würde die Erkenntniß, daß blos Sisyphusarbeiten die Kammer beschäftigen, die Besten auf den Gedanken bringen, es sei doch wohl rathsamer, lieber anderen Beschäftigungen nachzugehen, als Jahr für Jahr als Abgeordneter sich abzuquälen.

— Wie der „W. Z." geschrieben wird, sind als Ziel der Expedition des Panzergeschwaders nunmehr die Häfen der Ostküste von Süd- und Mittelamerika bezeichnet. Das Geschwader wird auf mehrere Jahre ausgerüstet sein.

— Zwei Unteroffiziere des zu Gotha in Garnison stehenden Bataillons wurden dieser Tage nach erfolgter Degradation zur Verbüßung einer vierteljährigen Festungsstrafe nach Erfurt abgeführt. Dieselben hatten vor einigen Wochen ihre ihnen untergeordnete Mannschaft mitten in der Nacht — während die „Herren Vorgesetzten" mit der Pfeife im Munde im Bette saßen — im Hemde exerciren und danach die Tafeln in der Stube und die Treppen in der Kaserne scheuern lassen.

Elbing, 10. Dez. Unter dem gebildeteren Theile der hiesigen Katholiken (es sind im Ganzen etwa 5000) giebt es kaum zwei oder drei Männer, welche zu der Unfehlbarkeitslehre sich bekennen. Diese Wenigen und außer ihnen noch eine, aber nicht bedeutende Zahl Gleichgesinnter hatten, auf besondere Einladung des Propstes, sich vorgestern versammelt, um, unter dem Vorsitze eines Kaplans, sich als infallibilistischen „katholischen Volksverein" zu konstituiren. Auf der andern Seite war gestern im großen Saale der Bürgerressource auf öffentliche Aufforderung eines altkatholischen Komites eine Versammlung zusammengetreten, so groß, wie ich sie in Elbing noch nie, selbst nicht in den politisch aufgeregtesten Zeiten, gesehen habe. Ueber tausend Personen, unter ihnen auch eine Anzahl von Frauen, hatten sich in den Saal dicht hineingedrängt; gegen 200 besetzten die Galerien und den Hausflur und sehr viele mußten zurückgehen, weil im buchstäblichsten Sinne des Wortes, kein einziges Plätzchen mehr zu finden war. Wie viele von den Versammelten Katholiken waren, ließ sich natürlich nicht ermitteln, gegen die Hälfte waren es mindestens, und unter diesen nur äußerst Wenige, welche nicht mit vollster Zustimmung den beredten Worten der beiden das neue vatikanische Dogma bekämpfenden katholischen Priester, der Herren Michelis und Wollmann zuhörten. Einzelne Worte des Widerspruchs, die aus dem Munde einiger Gegner sich vernehmen ließen, verstummten bald. Unter dem lautem Beifall der Hörer beendeten die beiden Redner ihre Vorträge. Ich erwähne aus denselben nur, daß beide als wesentliches Moment jedes religiösen und insbesondere auch des christlich-katholischen Glaubens die freie Zustimmung des eigenen Gewissens und der eigenen Ueberzeugung mit allem Nachdruck hervorhoben. Am Schlusse seines Vortrages forderte Hr. Michelis die katholischen Zuhörer auf, sie möchten ihren Beitritt zu dem hier sich gründenden „katholischen Bürgerverein" durch Namensunterschrift erklären. Trotz des dichten Gedränges, das nur Wenigen der Zutritt zu dem Rednerplatze gestattete, sind doch schon gestern Abend 70 Unterschriften erfolgt. Wie viele ihnen noch nachfolgen werden, läßt sich natürlich nicht übersehen. (Nat. Z.)

Oesterreich.

Wien, 10. Dez. Die Wahlen in den fünf Provinzen, wo solche durch das Ministerium Auersperg ausgeschrieben wurden, finden im Laufe dieser Woche statt, worauf die vier Landtage in Brünn, Linz, Laibach und Czernowitz zu einer Sitzung, lediglich um die Reichsrathswahlen vorzunehmen, zusammentreten, während der Reichrath am 27. Dezember eröffnet werden soll. Der Wablagitation muß man es zuschreiben, wenn die Organe verfassungsfeindlicher Richtung nun noch einige verzweifelte Versuche machen, die verfassungstreuen Wähler einzuschüchtern und die Unentschiedenen durch falsche Nachrichten zu verwirren. Auf die neuliche Bedrohung aller Beamten, die sich etwa unterfangen wollten, mit den Anhängern der Verfassung zu stimmen, folgt nun durch Vermittelung eines ungarischen Blattes die Ankündigung, das Ministerium Auersperg stehe bereits am Vorabende seiner Entlassung. Man fügt zur Erklärung hinzu, daß das Ministerium mit seinem Vorschlage, in der Leitung der Statthaltereien einige Personal-Veränderungen vorzunehmen, „auf unüberwindliche Schwierigkeiten an maßgebendem Orte gestoßen sei." Die Meldung ist eine nackte Lüge. Das Ministerium hat, weil es vor Allem die Wahlen ohne Störung vollziehen lassen wollte, noch keinerlei Personal-Veränderung in den Statthaltereien auch nur in seiner Mitte berathen, geschweige denn schon beantragt, und die große Sonntags-Neuigkeit ist die Erfindung irgend eines gewerbsmäßigen Spektakelmachers oder ein schlechtes Wahlmanöver. Wäre übrigers das Ministerium bedroht, wahrlich, so wäre das nur ein Grund mehr für die Verfassungsfreunde, bei den Wahlen ihre Schuldigkeit zu thun. (N. Fr. Pr.)

Wie ein hiesiger Korrespondent des „Pester Lloyd" zu erzählen weiß, hätte die Rundreise, welche Graf Beust mit seiner Fahrt nach London verband, in „diplomatischen Kreisen" zu mißliebigen Bemerkungen Anlaß gegeben. Daß Beust an den süddeutschen Höfen Besuche abstattete, will der Korrespondent noch hingehen lassen, tadelt aber, daß er Karlsruhe vermieden habe; daß er aber nach Paris und Versailles gegangen, das sei eine Taktlosigkeit, die wohl nur der persönlichen Eitelkeit des Grafen Beust entsprungen wäre; er habe weder sich selber, noch dem Staate in Versailles einen Dienst geleistet.

In unterrichteten Kreisen erzählt man sich, wie dem „Pesti Naplo" geschrieben wird, daß der Kaiser es als eine Aufgabe der neuen Regierung bezeichnet habe, der österreichischen Landwehr die möglichste Sorge und Aufmerksamkeit zu widmen. „Machen Sie meine österreich.-ungar. Landwehr dazu, wozu Andrassy meine Honvedarmee gemacht hat", so sollen ungefähr die Worte des Kaisers gelautet haben, „sparen Sie keine Mühe, damit in kürzester Zeit auch die österreichische Landwehr so organisirt, ausgerüstet und einexerziert sei, damit wir uns in diesem Punkte nicht vor Ungarn zu schämen haben."

Frankreich.

Die am 9. in der Nationalversammlung dem Deputirten Ordinaire für seinen Ausruf: „Die Gnadenkommission ist nur eine Mörderkommission!" fast einstimmig zuerkannte Zensur beraubt ihn der halben Monatsdiäten und hat als weitere Konsequenz, daß seine parlamentarische Verurtheilung in seinem Wahlbezirke auf seine Kosten affichirt wird. Diese Ordnungsstrafe ist ein Attentat auf die Redefreiheit, wie vielleicht ein ähnliches Beispiel schwer zu finden sein dürfte. Als wären die Diäten nicht eine Entschädigung sondern eine Belohnung! Herr Ordinaire hatte sich allerdings etwas ordinär ausgedrückt, aber in Wahrheit ist doch die Gnadenkommission eine solche, die keine Gnade übt. Der „Siècle" übrigens tadelt Ordinaire, der durch seine Heftigkeit die republikanische Sache schädige. — Die Versammlung war überhaupt in großer Aufregung. Die doch so wichtige Einbringung längst erwarteter Gesetzvorlagen verlor dadurch an Interesse. Der Finanzminister erklärte, die Regierung perhorreszire für jetzt ein jedes Anlehen und werde deßhalb Wolowski's Gesetzvorschlag, welcher die Aufnahme eines Anlehens zur theilweisen Rückzahlung an die Bank bezweckt, bekämpfen. Der Finanzminister deutete an, er werde zurücktreten, falls Wolowski's Gesetzvorschlag (hinter welchem, wie Finanzkreise behaupten, eine Bankiersgruppe steckt) durchdringt. Wolowski will nämlich folgendes: 1) die Bank wird ermächtigt, außer dem auf 2400 Mill. fixirten Notenumlauf eine Summe von 100 Mill. Francs Billets in 10 und 5 Francs auszugeben, die für die höheren Appoints geltenden Vorschriften treten auch für die Noten von 10 und 5 Francs in Kraft; 2) der Staat zahlt der Bank die Summe zurück, welche er sich verschafft durch eine Anleihe von (00 Millionen in Obligationen, die mit jährlichen 5 Prozent Zinsen und einer Amortisation ausgestattet werden sollen, daß sie in 30 Jahren al pari zurückgezahlt sind; 3) mit dem Beginne des sechsten Jahres nach der Emission kann der Staat die noch nicht amortisirten Obligationen ganz oder zum Theil zum Paricourse einziehen; 4) von dem noch übrigen Theile der Seitens der Bank dem Staat gemachten Vorschüsse wird jährlich ein Zehntel zurückgezahlt. Das „Journal des Debats" sprach die Hoffnung aus, daß die Nationalversammlung diese Vorlage in ernstliche Erwägung ziehen und sich auf alle Fälle bemühen werde, die augenblicklichen Anforderungen der Staatskasse mit den dauernden Interessen des Handels und des Staates in Einklang zu bringen. In dem von der Regierung adoptirten Plane, der augenblicklichen Verlegenheit abzuhelfen, findet das Blatt diese Forderung nicht gewahrt; es stimmt vielmehr in dieser Beziehung den Bedenken bei, welche von Wolowski darüber kürzlich in der Société des Economistes vorgebracht wurden und die einmüthige Zustimmung der Versammelten fanden. Dieselben beruhen hauptsächlich auf der Ueberzeugung, daß eine größere Vermehrung des Notenumlaufs eine weitere Entwerthung des Papiers zur Folge haben werde. Seit dem Kriege habe die Notenzirkulation sich fast verdoppelt und diesem Umstande vor Allem weit mehr als der bis jetzt erst in mäßigen Grenzen gehaltenen Münzausfuhr sei das Verschwinden des Goldes und das Agio, dessen es genießt, zuzuschreiben. Wenn die Notenzirkulation jetzt noch um 400 Millionen vermehrt würde, wäre zu fürchten, daß das Agio von 2—3 Prozent auf 5—6, wenn nicht noch höher steigen würde. Die Erfahrungen aller Zeiten und aller Länder rechtfertigen diese Besorgnisse, und man dürfe sie daher nicht bloße Konjekturen nennen.

Der Herzog von Aumale und der Prinz von Joinville hatten eine neue Unterredung mit Herrn Thiers. Dieser empfing die Prinzen wieder mit großer Auszeichnung und das Gespräch währte über eine Stunde, ohne indeß dem Vernehmen nach zu einer Verständigung geführt zu haben. Herr Thiers macht den beiden Prinzen die

größten Schwierigkeiten für den Eintritt in die Nationalversammlung; er hält ihnen vor, daß dieser Akt unter den gegenwärtigen Umständen nur neue Aufregung nach sich ziehen würde; er appellirt an ihren Patriotismus und ihre Selbstverleugnung. Die Prinzen erwiederten, daß sie sich noch einmal mit ihren Freunden berathen wollten, und verließen in tiefer Verstimmung die Präfektur. Inzwischen ist in der Nationalversammlung ein Gesetzentwurf eingebracht worden, welcher die Güter der Familie Orleans betrifft. Derselbe lautet:

Art. 1. Die Dekrete vom 22. Januar 1852, betreffend die Güter der Familie Orleans, sind und bleiben aufgehoben. Art. 2. Die kraft dieser Dekrete vom Staate mit Beschlag belegten und bisher nicht veräußerten beweglichen und unbeweglichen Güter werden unverzüglich ihren Eigenthümern zurückerstattet. Art. 3. Gegen die Ersteher der kraft jener Dekrete vom Staate verkauften Güter und gegen ihre Rechtsnachfolger darf keine Klage eingeleitet werden. Art. 4. Die Nationalversammlung giebt den Prinzen von Orleans Akt von ihrer Verzichtleistung auf jede Forderung an den Staat wegen der Ausführung der Dekrete vom 22. Januar. Art. 5. Alle Akte, durch welche die Prinzen von Orleans, sei es im Wege der Restitution oder des Rückkaufs binnen einem Jahre in den Wiederbesitz ihrer Güter gesetzt werden, unterliegen nur ein- für allemal derselben Eintragungsgebühr.

Es ergiebt sich daraus, daß die Prinzen von Orleans darauf verzichtet haben, diejenigen von ihren konfiszirten Gütern, welche inzwischen in andere Hände gegangen sind, zurückzufordern. Der Werth dieser aufgegebenen Güter beläuft sich orleanistischen Blättern zufolge auf circa 40 Millionen Francs.

Der „Temps" veröffentlicht ein Schreiben des Herrn Roux, ersten Adjunkten des Maire von Nemours, in welchem dieser Gemeindebeamte Folgendes erzählt:

Am 29. Januar d. J. Abends wurde in der Pariser Straße in der Nähe der Hauptkirche ein ruhig seines Weges gehender Einwohner von einem deutschen Soldaten getödtet. Herr Roux theilt die Korrespondenz mit, welche er in Betreff dieses Verbrechens mit dem Etappen-Kommandanten Baron von Schimmelmann wechselte. Letzterer schreibt unter dem 30. Januar: „Der Soldat, welcher gestern Abend einen Einwohner getödtet hat, ist verhaftet worden, und ich habe eine aus zwei Offizieren und einem Stabsarzte zusammengesetzte Kommission gebildet, um dieses beklagenswerthe Ereigniß zu untersuchen. Der Soldat wird nach den Kriegsgesetzen abgeurtheilt werden."

Herr Roux fügt hinzu, daß gleich darauf der Mörder aus der Stadt verschwunden sei und daß man niemals erfahren habe, was aus der von dem Baron von Schimmelmann versprochenen Untersuchung geworden sei. Herr Roux endet mit dem Ersuchen an die deutsche Presse, durch Abdruck seiner Reklamation die preußische Militärbehörde zu einer Aeußerung zu veranlassen, und es mag hiermit diesem billigen Anspüche entsprochen sein.

Ein berliner Korrespondent des „Journal de Genève" hatte einen Auszug aus dem Berichte der „Nat. Ztg." über den Prozeß Tonnelet gegeben und sein Brief war dann in die „France" und in das „Journal des Debats" übergegangen. Während nur Herr Thiers nicht angestanden hat in seiner Botschaft an die Nationalversammlung die Richter und den Vertheidiger vor der ganzen Welt zu brandmarken, hat das „Journal des Debats" die Unverschämtheit, den Brief eines Herrn Flobert zu veröffentlichen, der zu den saubern zwölf Geschworenen gehörte, welche Tonnelets Verbrechen für eine That des Patriotismus erklärt haben. Dieser Herr Flobert (nach eingezogenen Erkundigungen ein Eisenkrämer der Rue de Bondy) protestirt gegen den Bericht des „Journal de Genève", erklärt, der Präsident habe die ihm in den Mund gelegten Aeußerungen nicht gethan, versichert, daß der Staatsanwalt sehr strenge, ja sogar „hart" aufgetreten sei, und hat dann die Stirn zu behaupten, die Zeugenaussagen hätten festgestellt, daß Tonnelet keine Drohungen ausgestoßen, keine Wette vorgeschlagen habe. Er sagt ferner, die Zeugenaussagen hätten den Geschworenen die Ueberzeugung beigebracht, daß Tonnelet von seinem Opfer provozirt worden sei und im Zustande der Nothwehr gehandelt habe; deshalb hätten sie ihn freigesprochen. Dieser Brief, der voraussichtlich die Runde durch alle französischen Blätter machen wird, setzt dem Skandale die Krone auf. Es ist wirklich unglaublich, daß das „Journal des Debats" denselben in seine Spalten zugelassen hat, da es ja nur eines Blickes in die „Gazette des Tribunaux" bedurfte, um die absolute Falschheit aller Behauptungen des saubern Herrn Flobert zu konstatiren. Uebrigens würde der Brief des Herrn Flobert, wenn hier das Gesetz in Achtung stände, das „Journal des Debats" in Gemeinschaft mit seinem sauberen Korrespondenten vor das Zucht-Polizei-Gericht bringen, da es den Geschworenen bei Gefängniß- oder Geldstrafe verboten ist, über die Gründe ihres Verdiktes Etwas zu veröffentlichen. Das „Journal des Debats" hat augenscheinlich vergessen, daß vor einigen Jahren mehrere pariser Blätter zu 1000 Franken Strafe verurtheilt wurden, weil sie den Brief eines elsässischen Geschworenen veröffentlicht hatten, in welchem derselbe die Gründe darlegte, weshalb er einem Elternmörder „mildernde Umstände" gewährt habe.

Italien.

Rom, 6. Dez. Die erste Sitzung der Abgeordnetenkammer war von einigem Interesse, da über die Mahlsteuer, die bereits die Ursache so vieler Erbitterung war, debattirt wurde. Diese verhaßte Steuer wurde von allen Seiten angegriffen und Sella hatte vollauf zu thun, sie zu vertheidigen, was ihm sehr schlecht gelang. Der Abgeordnete Mussi verlangte Auskunft, wie viel eigentlich der Contatore gekostet habe, dieses unselige Instrument, für das umsonst Millionen verschwendet wurden. Der Abgeordnete Manetti bemerkte, man müsse nicht nur das Geld in Anschlag bringen, welches die Mahlsteuer koste, sondern auch den Kummer und die Schmerzen, die sie veranlasse. Der Abgeordnete Camerini sagte, in der Kammer höre er immer versichern, mit der Einziehung der Mahlsteuer gehe es vortrefflich, aber außerhalb der Kammer versichere man das Gegentheil. Mellana sprach sich noch entschiedener aus; er sagte, wenn das Ministerium mit der Einziehung der Mahlsteuer fortfahre, so wirke es zum Besten der Internationalen. Diese Worte finden reichlichen Widerhall im Publikum und in der Presse.

Für die Losreißung Nizza's von Frankreich tritt Garibaldi in einem Schreiben an ein in Ravenna erscheinendes Blatt jetzt lebhaft in die Schranken. Der Brief schließt folgendermaßen:

„Die Italianität Nizza's leugnen, heißt das Licht der Sonne leugnen — das ist zur Genüge dargethan worden. — Ich bin sicher, es wäre nicht schwer, das Geschäft zu Stande zu bringen mit den redlichen Leuten in Frankreich, indem man ihnen darthäte, wie lügenhaft das Bonaparte'sche Plebiszit war. Aber wie will man das den Chauvins klar machen? Hier ist es, wo die Frage vulkanisch wird — und wo, wie ich glaube, die Vereinigung schwer fallen wird, ohne daß Ströme Blutes fließen! Wie immer dem sei — obwohl Kosmopolit — werde ich glücklich sein, dieses mein hinfälliges Leben für mein geliebtes Geburtsland hinzugeben."

Vom Landtage.

6. Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Berlin, 11. Dezbr. (Schluß.)

Abg. Richter (Hagen): Dem Vorredner bemerke ich vorweg auf seine Andeutung, als ob die Berliner sich den Staatssteuern irgendwie entzögen, daß nach amtlichen, statistischen Quellen auf den Kopf der Bevölkerung in Preußen 43 Sgr., in Berlin aber 156 Sgr., also mehr, als dreimal so viel an Staatssteuern fallen; wenn sich die Herren von der landwirthschaftlichen Interessenvertretung ein wenig mehr um amtliche Statistik kümmerten, so würden ihre Klagen, daß der Steuerdruck allzusehr auf dem Grundbesitz lastet, bald verstummen. Auch ich halte die Finanzlage im Allgemeinen für eine sehr günstige, wir verdanken das einzig und allein unserm tapfern Heere und seinen glänzenden Erfolgen; die deutschen Finanzminister haben nur die dankbare Aufgabe gehabt, die Garben zu binden, welche auf den blutbedeckten Schlachtfeldern Frankreichs von unsern Truppen gemäht sind. Die Finanzminister und Banquiers haben jetzt Ueberfluß an Geld; aber man darf darüber doch nicht das wahre Wort des Reichskanzlers vergessen, daß die reichste Entschädigung unserm Volke nicht die ungeheuren Verluste des letzten Krieges ersetzen kann. Die Ueberschüsse des Etats sind oft nur eine Folge der zu ungünstigen Ansätze. Das Jahr 1870 ergab z. B. einen Ueberschuß von sechs Millionen im Extraordinarium; an dies Jahr knüpften sich die schwärzesten Befürchtungen. Der damalige Finanzminister v. d. Heydt rechnete ein Defizit von zehn Millionen heraus, und sein Nachfolger, der jetzige Finanzminister, war so sehr davon überzeugt, daß er als Reichstagsabgeordneter für alle die neuen Steuern stimmte, welche v. d. Heydt zur Deckung des vorausgesetzten Defizits vorschlug. Der Reichstag ließ sich aber nicht verblüffen. Im Herbst war das Defizit schon auf 5 Millionen herabgesunken und in Folge der Camphausen'schen Nachtragsetats stellte es sich als ein Ueberschuß von 6 Millionen heraus. Auch der Heydt'sche Etat würde einen Ueberschuß von 1½ Millionen ergeben haben; beide Minister hatten eben zu ungünstige Zahlen angesetzt. Bei den Ausgabepositionen für 1872 nun sind drei Millionen mehr, als im Vorjahr, für Erhöhung des werbenden Staatsvermögens, z. B. Anlegung von Staatssalinen und Meliorationen, Ausstattung der Eisenbahnen u. A. m. ausgesetzt. Ich halte dies für eine falsche Finanzpolitik; man sollte das der Privatindustrie überlassen. Auch die Realisirbarmachung der Staatsaktiva läßt zu wünschen übrig. Alle Welt will die Staatsindustrie einschränken: im Etat ist auch die Zahl der Hüttenwerke vermindert, aber nicht ihr Betriebsumfang. Größere Hüttenwerke sind gar nicht zum Verkauf gestellt. Seit 48 drängt die Volksvertretung auf Verkauf der Flachsspinnereien und Mühlen der Seehandlung, aber noch hat sie dieselben im Besitz. Die gesammte Staatshüttenindustrie bringt einen Reinertrag von 450,000 Thaler ein; davon gehen die Pensionen für Beamte u. s. w. ab und wenn Sie dagegen in Anschlag bringen, was dieselbe Industrie im Privatbesitz an Steuern aufbringen würde, so müssen Sie doch das Facit ziehen, daß eine Staatsindustrie heutzutage nicht mehr am Platze ist. Daß die Beamten mit dem Verkauf dieser Staatsaktiva langsam vorgehen, ist kein Wunder, denn Niemand sägt gern den Ast ab, auf dem er sitzt; aber dazu ist doch der Finanzminister da, die Sache in rascheren Gang zu bringen. Sonst nimmt der Etat einen Umfang an, den schließlich der gewiegteste Finanzier nicht überschaut, wie es eben v. d. Heydt passirte. Anstatt auf diese Weise das Staatsvermögen zu vermehren, dotire man das Schulwesen besser und vermehre das Bildungskapital des Volks. Unser diesjährige Etat wirft ½ Million mehr für Elementarschulen aus; der anhaltische aber z. B. 20,000 Thaler mehr, das ist im Verhältniß viermal soviel, wie wir; in Sachsen ist es ähnlich und noch besser sorgt Baiern für seine Volksschullehrer, während wir jetzt jedem eine jährliche Mehreinnahme von etwa 10 Thalern zubilligen, giebt der bairische Etat jährlich jedem 26 Thaler mehr. (Hört! hört!) Unser Finanzminister steht somit nicht einmal an der Spitze der deutschen Finanzminister, geschweige denn an der Spitze der Zivilisation. Ferner erhöht der vorliegende Etat den Landesmeliorationsfonds, ich weiß nicht ob zum Nutzen oder Schaden des Landes. Sachverständige, auch von der rechten Seite des Hauses haben mich das Letztere versichert und zwar wegen der Person des landwirthschaftlichen Ministers. Darin stimme ich mit einer Petition aus dem Rheinlande überein, daß man lieber die Jugend auf dem Lande besser erziehen lassen, sie etwas weniger Gesangbuchslieder und etwas mehr Naturkunde lernen lassen solle; aber freilich wollte man dazu die Erhöhung des Fonds benutzen, so hieße das aus der Selchow'schen Scylla in die Mühler'sche Charybdis fallen. (Heiterkeit). Ich erkenne gern an, daß in Bezug auf Polizei, Strafanstalten, Stromregulirung u. s. w. der Etat den Wünschen der Volksvertretung entspricht. Aber doch kann kein Verstand der Verständigen entscheiden, ob die Höhe der einzelnen Summen richtig gegriffen ist. Der einzelne Rath vermag das vielleicht für sein Ressort, aber bei dem Minister und gar beim Gesammtministerium muß schon mehr ein allgemeines Gefühl entscheiden. Das Bedürfniß der Dezentralisation macht sich überall fühlbar; noch heute ist es wahr, was Bismarck 1866 sagte: Ueber jeden Zaun, über jede Brückenbohle muß in fünf Instanzen entschieden werden. Die Behauptung der Thronrede, daß die Provinzial- und Kommunalverwaltung sich gedeihlich entwickle, ist nicht zutreffend. Ihnen unterliegt nur die Sorge für unheilbare Irren, für die Hebeammen-Ausbildung und ein bischen Feuerversicherung. Früher berechnete man, daß bei der Dezentralisation die Etats der vier betreffenden Ministerien — Kultus, Inneres, Landwirthschaft, Handel — um sieben Millionen entlastet würden, aber seit 1868 sind dieselben von 28 auf 35 Millionen gestiegen, so daß der Nutzen der Dezentralisation jetzt schon neutralisirt würde. Ich gehe aber viel weiter. Den Provinzen soll die Schule, Straßenbau u. s. w. überlassen werden, so daß der Etat jener vier Ministerien von 35 auf 5 Millionen sinkt und daß je zwei derselben zu einem zusammengeschlagen würden. Zu einer solchen Dezentralisation gehören aber zwei ganz bestimmte Vorbedingungen, einmal, den Provinzen müssen Staatseinnahmen überlassen werden, aber nicht Provinzialfonds oder Renten, sondern Steuern; welche, das ist eine offene Frage, und ebenso, ob bei unzureichender Steuerfähigkeit auch Domänen und Forsten den Provinzen gegeben werden sollen. Zweitens muß eine andere Provinzialvertretung geschaffen werden. Die jetzigen Organe verdanken ihren Ursprung den unklaren Anschauungen einer mittelalterlichen Romantik, wie sie vor fünfzig Jahren bei uns an maßgebender Stelle herrschte. Sie sind eine Mißgeburt des Feudalismus und der Bureaukratie; von dieser erbten sie die Abhängigkeit von der Regierung, von jener die reiche Dotirung und den Mangel an Prüfungen, so daß sie eine willkommene Zuflucht für Söhne alter, aber unbemittelter Adelsfamilien sind. (Sehr gut!) Eine Dezentrali-

Zur Feier der hundertjährigen Wiedervereinigung Westpreußens mit Deutschland.

Unter dem Titel:

„Ein Pommersches Herzogthum und eine Deutsche Ordens-Komthurei", Kulturgeschichte des Schwetzer Kreises nach den archivalischen und anderen Quellen bearbeitet von Richard Wegner, Ober-Regierungsrath. Erster Band, Th. I u. II bis 1466. Kommissionsverlag von Louis Türk,

ist kürzlich aus der Deckerschen Hofbuchdruckerei (E. Röstel) hierselbst ein Werk hervorgegangen, welches wir nicht unbesprochen lassen können. Denn ganz abgesehen davon, daß es ein Erzeugniß der Posener deutschen Presse ist, und seiner äußeren Ausstattung nach in Papier, Druck und Bild der genannten Offizin zur besonderen Ehre gereicht, nimmt sein Inhalt unser volles Interesse deshalb in Anspruch, weil derselbe für die national gewordene Streitfrage über die Feier der hundertjährigen Wiedervereinigung Westpreußens mit Deutschland im Jahre 1872 von entschiedenster Bedeutung ist.

Hat die polnische Presse Recht, wenn sie Westpreußen lediglich als eine von Friedrich dem Großen gewaltsam abgerissene polnische Provinz betrachtet? — Dann freilich wäre eine Feier der preußischen Besitznahme wenigstens unter der Benennung einer Wiedervereinigung nur ein trügerisches Schauspiel, ein mindestens inhumaner Triumph über „die erste Theilung Polens", an dem wir reinen Herzens nicht Theil nehmen könnten. Eben deshalb ist es aber ein ernstes, ja ein sittliches Bedürfniß für uns, daß der Streit, welcher hierüber entbrannt ist, vor dem Richterstuhl der Geschichte bei Zeiten ausgefochten werde. Würde hier entschieden, daß Westpreußen, bevor es um 1466 — bekanntlich durch Bürgerkrieg und Verrath — an Polen kam, ein deutsches Land nach der überwiegenden Nationalität seiner Bewohner, wie nach dem Charakter seiner Institutionen war, ja wurde sogar dargethan, daß Westpreußen der polnischen Nationalität als solcher selbst vor der Festsetzung des deutschen Ordens niemals angehört hat: dann wäre doch wahrlich den Deutschen das Recht nicht ferner streitig zu machen, sich der hundertjährigen Wiedervereinigung Westpreußens mit dem Mutterlande von Herzen zu erfreuen. — Doch wollen wir übrigens damit nicht sagen, daß nicht auch die polnischen Bewohner Westpreußens alle Ursache hätten, Gott zu danken, daß Friedrich sie unter den Trümmern des schon unrettbar zusammenbrechenden polnischen Reiches hervorzog und sie mit den Wohlthaten der anerkannt besten Regierung Europas überschüttete.

Zur Entscheidung unserer Streitfrage liefert nun der Verf. der Eingangs erwähnten Schrift einen sehr bemerkenswerthen Beitrag, indem er die Kulturentwickelung des pommerschen Herzogthums Schwetz und der gleichnamigen deutschen Ordenskomthurei sowohl in nationaler als staatlicher Beziehung urkundlich darstellt, nachdem er die vorurkundliche Geschichte dieses Theiles von Westpreußen unter Beschreibung der dort aufgefundenen Alterthümer untersucht hat. Wer sich für antiquarische Forschungen interessirt, wird den durch Illustrationen erläuterten Mittheilungen des Verf. über die im Schwetzer Kreise aufgefundenen Heidengräber, Urnen, Waffen, Münzen, Siegel, sowie über Ortsnamen, Sitten und Sagen gerne folgen. Allgemeine Theilnahme aber wird die Abbildung und Beschreibung eines uralten Schädels erwecken, welcher vor einigen Jahren unweit des Bahnhofes Terespol in einem aus heidnischer Zeit erhaltenen Steingrabe aufgefunden ist. Eine dem Werke beigegebene wissenschaftliche Abhandlung des zweiten Arztes der Provinzial-Irrenanstalt, Dr. Meschede in Schwetz (Schüler Virchow's), stellt nämlich an diesem Schädel die zweifellosen Merkmale der germanischen Race, gothischen Stammes, fest, und bestätigt damit die vom Verf. sorgfältig zusammengestellten Nachrichten, welche uns Tacitus, Ptolemäus u. a. Alten über die Wohnsitze der Germanen an der Ostsee und Weichsel hinterlassen haben. So wäre denn hier unerwartet, eben zur rechten Stunde, ein Landsmann aus der mehr als tausendjährigen Grabesruhe erstanden, um von dem germanischen Urrecht auf den westpreußischen Boden Zeugniß abzulegen. Dieser archäologischen Untersuchung folgt dann bei Darstellung des pommerschen Herzogthums Schwetz der klare Nachweis, daß die polnische Nation den westpreußischen Boden, das alte Ostpommern (von der Brahe, Weichsel, Nogath, Ostsee und Leba umgrenzt), nur als erobernde Macht betreten hat, und daß sie die alten Pommern, wendischen Stammes, welche sich nach den Germanen hier festgesetzt, zwar in langen blutigen Kriegen besiegt, aber doch nicht dauernd unterworfen und nie völlig polonisirt hat. Es sind theils polnische Chronisten, aus denen dieser Nachweis geführt wird, theils auch Urkunden aus polnischen Quellen-Sammlungen. Zahlreiche Citate aus dem Werke des Grafen Titus Dzialynski: „lites ac ros gestae Polonorum et Crucigerorum", dessen trefflicher Ausstattung, hohem geschichtlichem Werthe und klassischer Widmung an die Manen des bekannten Polenfreundes Lord Dudley Stuart Verf. volle Anerkennung zollt, sind uns dabei aufgefallen.

Das Endergebniß seiner Forschungen über diesen Zeitraum faßt der Autor in den Worten zusammen: Die polnische und die deutsche Herrschaft, welcher dies Land abwechselnd zufiel, ruhte hier auf gleichen Fundamenten, nämlich unzulänglichen legitimen Ansprüchen, unterstützt durch politische Gründe, das Schwert, und die Partheien im Lande."

Das Hauptthema des Buches ist aber die deutsche Ordenskomthurei Schwetz, welche bald, nachdem die Burg Schwetz „das letzte Bollwerk der Polnischen Herrschaft in Westpreußen" um 1309 in die Hand des Deutschen Ordens gefallen war, daselbst aufgerichtet wurde. Zum ersten Male — soviel uns bekannt — ist hier unternommen, den Organismus und die Entwickelung einer deutschen Ordenskomthurei in allen ihren Theilen anschaulich darzustellen. Wir lernen die elementare Zusammensetzung, das Heerwesen, die Finanz- und Gerichtsverfassung, die Administration, die Komthure selbst und das Ständewesen nach einander kennen. Die ganze Darstellung erhält Leben und Frische durch die Einflechtung zahlreicher Urkunden aus dem Königsberger Ordensarchiv, insbesondere vieler Briefe der Schwetzer Komthure an die Hochmeister in Marienburg. Sehr interessante Notizen zur Kenntniß des mittelaltrigen Kriegswesens sind dem Thorner Archiv entnommen, woselbst der Verf. einen Folioband „Rechnungen von der Swecze" aus den Jahren 1460 folg. entstammend, auffand. In dem Abschnitt „die deutsche Bevölkerung zur Ordenszeit nach Abstammung und Ansiedelung, Sprache und Schrift, Sitte, Recht und Glaube" hat der Verf. das deutsche Leben, welches sich auf dem Boden des Schwetzer Kreises bis zum Thorner Frieden (1466) entwickelte, zum Gegenstande einer besondern Untersuchung gemacht, worin die Ergebnisse seiner urkundlichen Forschungen zusammengefaßt sind. Ueberall tritt uns hier deutsches Leben in reicher Ursprünglichkeit nud Fülle entgegen.

Eingehend ist endlich auch die Entwickelung der Römischen Kirche, sowohl zur Pommerschen als zur Ordenszeit in diesem Theile Westpreußens, welcher zum Bisthum Leslau (Wroclaweck) und zum Erzbisthum Gnesen gehörte, nach den Quellen geschildert, wobei dem Verfasser auch das Posener Staatsarchiv nutzbar geworden ist. Wir nehmen wahr, daß der deutsche Orden auch auf diesem Gebiet mit der römischen Hierarchie in eine starke Spannung gerieth, und daß diese schon damals in der Regel die Sache der polnischen Nation gegen die deutsche in Schutz nahm. Unter der Protektion vornehmlich der polnischen Bischöfe erhielten sich ganz besonders in den ihnen gehörigen Dörfern die polnischen Elemente Westpreußens, und erst mit ihrer und der später mit Verletzung der Landesprivilegien in Westpreußen angestellten polnischen Würdenträger u. Beamten Hülfe wurde es möglich, im Laufe der folgenden dreihundertjährigen Herrschaft die deutsche Bevölkerung Westpreußens soweit zu unterdrücken und zurückzudrängen, daß es die polnische Presse heute wagt, das Recht der Deutschen zu bestreiten, die hundertjährige Wiedervereinigung Westpreußens mit dem Mutterlande im Jahre 1872 feierlich zu begehen.

sation in meinem Sinne läßt sich von dem gegenwärtigen Ministerium freilich nicht erwarten; der Minister des Innern sträubt sich ja selbst dort gegen Selbstverwaltung, wo schon kommunale Vertretungen und Steuern sind, wie er nicht einmal den 22 großen Städten der Monarchie die Lokalpolizei überläßt. Ueber die Besoldungsverbesserungen denke ich, wie Lasker; so lange die Staatsverwaltung den gegenwärtigen Umfang hat, wird freilich der Finanzminister immer einem kümmerlich ernährten Beamtenproletariat gegenüberstehen? Eine Vereinfachung der Verwaltung liegt ferner noch in der Trennung der Kirche vom Staat im Budget. Für die beiden privilegirten Kirchen sind 1½ Millionen Thaler im Etat ausgeworfen. Theils sind diese Positionen durch Art. 15 der Verfassung garantirt, bei vielen andern aber war man schon 49 nicht im Zweifel, daß sie auf keiner rechtlichen Verpflichtung beruhten. Damals widersprach der Kultusminister Ladenberg einer solchen Scheidung nicht; von dem jetzigen Inhaber des Portefeuilles kann man freilich höchstens einige kleine Grenzberichtigungen zwischen staatlicher Bureaukratie und kirchlicher Hierarchie erwarten; aber wenn die Geduld mit diesem Manne an anderer Stelle noch nicht erschöpft ist, uns darf das nicht hindern, eine solche Auseinandersetzung vorzunehmen, für die damals auch die Herren im Zentrum waren; ich hoffe, sie sind es jetzt noch. Auch ist es eine große Ungerechtigkeit, daß Staatsbürger, die keiner von beiden Kirchen angehören, für dieselben und für die Ausbreitung von Lehren, die sie für Aberglauben und Märchen halten, steuern müssen. Eine solche Auseinandersetzung wird ferner die parteiische Verwaltung des jetzigen Kultusministers aufdecken und die Ueberzeugung verstärken, daß ein Kultusministerium ein Unding ist, dessen Fraktionen halb dem Justiz-, halb dem Finanzministerium zugehören. Die Steuerreformen des Finanzministers nur haben im Lande allgemeine Enttäuschung hervorgerufen; die Aufhebung der Mahl- und Schlachtsteuer ist keine Steuerermäßigung; für Berlin z. B. wird das Steuersoll dadurch um eine halbe Million erhöht. Die untersten Volksklassen werden gerade von indirekten Steuern am härtesten bedrückt, und die Aufhebung der Salzsteuer wäre weit wohlthätiger, als die Befreiung von der Klassensteuer. Die letztere steht in gar keinem Zusammenhange mit der Aufhebung der Mahl- und Schlachtsteuer; in Elberfeld-Barmen und anderen größeren Städten ist auch jetzt schon die Klassensteuer erhoben worden. Lasker hat bereits darauf hingewiesen, daß die Aufhebung der letzten Klassensteuerstufe die Basis unseres Wahlsystems ändert. Vom Standpunkte der Verwaltungsbeamten aus mag sich manche Schreibereien vermindern, obgleich gerade aus dieser Klasse wohl die wenigsten Reklamationen gekommen sind, aber ob sie gerade den fünf Millionen ärmsten Staatsbürgern finanziell zu Gute kommt, ist sehr fraglich. Sie sollte freilich von „gewöhnlichem Gesinde und Tagelöhnern" erhoben werden, aber dieser Begriff ist sehr dehnbar. Eine Regierung z. B. rechnet alle Knechte mit 40 Thlr. Lohn und darüber in die Stufe 1 B. (Hört)! Ein großer Theil von denen, die jetzt von der Klassensteuer in der Stufe 1 A befreit werden, werden in der Stufe 1 B eingeschätzt werden (Hört! Hört!); von jeher ist das nach statistischen Ausweisen das Bestreben der Behörden gewesen, die Stufe 1 A zu vermindern. In ihr steuerten bis jetzt sehr viele ledige junge Leute, denen es nicht so schwer wurde, jährlich ½, als es mancher Tagelöhnerfamilie mit einem kleinen Stück Land wird, 1 oder 2 Thlr. jährlich aufzubringen. Ferner war unter den befreiten fünf Millionen viel Gesinde, für das die Herrschaft steuerte, und von manchem Mitgliede der Rechten hörte ich Sonnabend den freudigen Ruf: Ich spare jährlich 20 Thlr. (Große Heiterkeit). Der Finanzminister hat voriges Jahr im Herrenhause erklärt, daß wenn er neue Steuern einführen wolle, es nur indirekte sein würden. Wir sind im Gegentheil für direkte Steuern, weil sie den Bürger in engen Zusammenhang mit dem Staat bringen und ihn in seiner politischen Bildung fördern; deshalb ist uns nichts so verhaßt, als die nichtswürdige Stempelsteuer, die traurige Hinterlassenschaft einer jämmerlichen Reaktionszeit. Die Zeitungen sind eben so gut Lehrer des Volkes, als die Universitätsprofessoren; an mancher Universität haben zwei Professoren der Staatswissenschaft nur einen Zuhörer (große Heiterkeit), während das Publikum der Zeitungen nach Millionen zählt. Der finanzielle Rathgeber des Fürsten Bismarck, Geh. Rath Michaelis, nannte 66 die Zeitungssteuer einen Schutzzoll gegen die Volksbildung, einen eben solchen Unsinn, als ob man den Besuch der Gymnasien und Universitäten besteuern wolle. (Hört! Hört!) Schließlich, wir dürfen hier viel reden, aber wir haben herzlich wenig zu sagen und müssen uns hüten, einem glücklichen Finanzminister gegenüber uns nicht in einen großen Supplikantenverein zu verwandeln. Den jetzigen Finanzminister erinnere ich an seine Ausführungen, die er als Verfassungsreferent in diesem Hause vor zwanzig Jahren machte. Er wies damals in sehr drastischer Weise nach, daß eine Volksvertretung ohne Budgetbewilligungsrecht nichts sei. (Lebhafter Beifall links.)

Abg. Benda erkennt die Vorzüge der Finanzverwaltung in vollem Umfange an und bittet das Haus, diese Lichtseiten um so weniger zu verdunkeln, je trüber es in anderen Verwaltungszweigen aussehe. Der Vorwurf, daß der Etat in manchen Positionen die Einnahmen zu niedrig veranschlage, sei vielleicht richtig, doch sei es jedenfalls besser, vorsichtig zu Werke zu gehen, als die Spannung zu hoch zu treiben. Die Frage, in welcher Weise die erzielten Ueberschüsse am besten zu verwenden seien, habe die Regierung richtig beantwortet; freilich bleibe immer noch Manches zu wünschen übrig; die Gehaltsverbesserungen reichten eben nur hin, um die nothwendigsten Bedürfnisse zu befriedigen und bald werde man von Neuem an Aufbesserungen denken müssen; dennoch müsse man anerkennen, daß alles im Augenblicke Mögliche geschehen sei. Eine definitive Lösung der Frage sei erst thunlich, nachdem man durch die Lösung der Dezentralisationsfrage die Verminderung der Beamtenzahl ermöglicht habe. — Was die Verwaltung der Eisenbahnen betreffe, so habe man derselben während des Krieges das größte Lob, während des Friedens dagegen den herbsten Tadel zu Theil werden lassen. Ihre Erklärung finde diese Thatsache darin, daß die ausführenden Kräfte durchaus tüchtig seien, die leitenden dagegen Vieles zu wünschen übrig ließen. Mit vollem Rechte habe sich deshalb auch der Tadel im Reichstag gegen die preußische Verwaltung gewendet, denn die Nation dürfe verlangen, daß ihre wirthschaftlichen Interessen in energischen von subalternem Einfluß freien Händen ruhe. Mit der Reform bezüglich der Klassensteuer habe man der letzteren überhaupt den Boden entzogen und früher oder später werde dieselbe einer einheitlichen Einkommensteuer weichen müssen. Der Preis, für welchen der Finanzminister diese letztere erkaufen werde, sei — wie er hoffe — die Quotisirung dieser Steuer. Mit dem Fortschreiten auf dem Wege der Steuerreform dürfe man nicht bis zur Zahlung der französischen Kriegsentschädigung warten, sondern man müsse bald die drei Jahre, in denen das Militärbudget sich nicht in die Steuerfragen hineindränge, benutzen, um auf dem eingeschlagenen Wege fortzufahren. Der Finanzminister möge nur als muthiger General vorangehen, das Haus werde ihm als rüstige Truppe folgen.

Minister Camphausen: Es ist von mehreren Rednern besonders betont worden, daß die gegenwärtige günstige Finanzlage keineswegs das Verdienst des gegenwärtigen Finanzministers sei. Ich stimme ihnen darin vollkommen bei. Wir verdanken unsere gute Finanzlage zum Theil den Erfolgen des letzten Krieges, zum größeren Theil aber den alten Traditionen preußischer Finanzverwaltung, einem kräftigen Beamtenstand, der Opferfreudigkeit des Landes und der Festigkeit der Verwaltungsorgane. Kein Minister, und wäre er der tüchtigste, kann deshalb für sich ein Verdienst aus der günstigen Finanzlage des Landes herleiten; er hängt ab von den Männern neben ihm, und von einer höheren Macht. Denn ob der Ausfall der Ernte ein guter oder schlechter ist, und ob demgemäß die Einkünfte des Staates sich steigern oder vermindern, das liegt nicht in seiner Hand. — Wenn der Abgeordnete Richter gesagt hat, daß ich mich mit der Finanzpolitik des Ministers v. d. Heydt identifizirt hätte, weil ich mit dessen Denkschrift vom 18. Mai 1869 einverstanden gewesen sei. Wenn der Herr Abgeordnete, der es ja liebt, frühere Reden nachzulesen (Heiterkeit), sich die Mühe gegeben hätte, meine Rede nachzuschlagen, die ich bei Uebernahme meiner jetzigen Stellung hier im Hause gehalten habe, so würde er finden, daß ich damals ausdrücklich erklärt habe, jene Denkschrift gehöre nicht zu demjenigen Theile des Nachlasses, den ich von meinem Vorgänger zu übernehmen mich für verpflichtet hielt. Der Schluß, daß ich die Denkschrift deshalb gebilligt hätte, weil ich sie als Abgeordneter nicht bekämpfte, ist ein durchaus irriger. Die Denkschrift hatte bereits so viele Gegner, daß ich mich gegen dieselbe zu erheben nicht mehr für nöthig fand. Für die verschiedenen Steuervorlagen, die Herr v. d. Heydt dem Reichstage damals machte, habe ich allerdings gestimmt, indessen keineswegs für alle gleichzeitig. Da ich eine Vermehrung der eigenen Einnahmen des Bundes für nothwendig hielt, wie ich dies bereits vorher mehrfach ausgesprochen und auch später als Minister festgehalten habe, so stimmte ich für die erste Vorlage und nur weil diese abgelehnt war, später auch für die Erhöhung der Branntweinsteuer. — Bei den zahlreichen Vorwürfen, die hier erhoben worden sind, bitte ich doch Eins nicht zu vergessen: Sie behandeln den Finanzminister, als ständen sämmtliche Verwaltungszweige zu seiner Disposition, während er nicht einmal im Stande ist, eine Steuerreform nach seinem eigenen Gutdünken vorzulegen, bevor dieselbe nicht die vorherige Zustimmung des Ministerrathes gefunden hat. Ich bin gewiß gern bereit, die Verantwortlichkeit für jede meiner Amtshandlungen zu übernehmen, aber ein Gewicht der Verantwortlichkeit, wie Sie es mir aufbürden wollen, würde mich niederdrücken. — Bezüglich der Gehaltsverbesserungen hat man darauf hingewiesen, daß es sich bei den heutigen Bewilligungen nur um ein Minimum handele. Die Regierung hat geglaubt, den Beamten in einer Weise entgegenzukommen, wie diese es bisher nicht gewöhnt waren. Daß manche Wünsche noch weiter gehen, ist begreiflich, ich möchte Sie aber doch warnen, schon heute wieder mit Klagen zu beginnen und von Beamtenproletariat zu sprechen. Der Beamtenstand muß sich auch bescheiden mit dem, was der Staat zu leisten im Stande ist und darf nicht vergessen, daß sein Lohn nicht allein in Gelde besteht, sondern ebensosehr in der Ehre, einem großen und mächtigen Staate zu dienen. (Beifall rechts; Heiterkeit links.) — Man hat sodann von einer Erweiterung der Unterstützung für Reservisten und Landwehrleute, sowie von einer weiter gehenden Entschädigung der Kommune und Kreise für die von ihnen gewährten Unterstützungen gesprochen. Ueber beide Fragen hat bis jetzt innerhalb der Regierung eine definitive Beschlußfassung nicht stattgefunden, ich glaube jedoch, daß, wenn man eine Mehrbewilligung für diese Zwecke weit über das bisherige Maß hinaus im Auge hat, man richtiger gethan hätte, diesen Wünschen im Reichstage, statt an dieser Stelle Ausdruck zu geben. — Man hat ferner weitere Steuerreformen verlangt; ein Redner hat mir sogar nach der Reihe sämmtliche Steuern vorgezählt, so daß ich mich schließlich fragte, welche Steuer mir dann noch übrig bleibe. (Heiterkeit.) Die Regierung ist davon ausgegangen, daß sie einen sicheren Boden unter den Füßen zu behalten wünschte. Eine sichere Finanzlage setzt nicht blos die Regierung eines Staates in eine günstige Position, sondern erhöht auch die Macht der Volksvertretung; Sie sehen, daß wir unter den gegenwärtigen Verhältnissen überall Ihren Wünschen so viel als möglich entgegenzukommen suchen. Was die Salzsteuer betrifft, so bin ich sehr gern bereit, mich an den preußischen Bevollmächtigten am Bunde zu wenden, um diesen zu bewegen, seinerseits dafür einzutreten, daß die Besteuerung des Salzes abgeändert werde; ich selbst halte die Salzsteuer allerdings auch nicht für eine solche, daß ich ihren ewigen Bestand wünschen möchte. (Hört!) Dasselbe gilt von der Zeitungssteuer; heute handelt es sich aber nur um die Frage, an welchem Punkte die dringendste Verpflichtung vorliegt, die reformirende Hand anzulegen und da haben wir zunächst die Mahl- und Schlachtsteuer und die Klassensteuer ins Auge fassen zu müssen geglaubt. Dieser erste Schritt soll ja nicht der letzte sein; verlangen Sie nur nicht daß ich Ihnen heute schon definitiv sagen solle, welches der zweite sein wird. — Sie haben ferner verlangt, man solle für eine dezentralisirte Kreis- und Gemeinde-Verwaltung die Mittel durch Ueberweisung bestimmter Steuern zur Disposition stellen. Sie können auch hier den Finanzminister nicht als den alleinigen Repräsentanten in Anspruch nehmen; ich persönlich bekenne Ihnen, daß ich ein Freund der Dezentralisation bin und mich gewiß nicht dagegen sträuben werde, wenn es gilt, lebenskräftige Organe für diesen Zweck ins Leben zu rufen und die dafür erforderlichen Mittel zu bewilligen. Es ist ja der einzige Zweck, zu welchem wir die Mittel des Staates zusammenhalten, daß wir dadurch im Stande sind, den berechtigten Wünschen des Landes entsprechen zu können. Was die übrigen Bemerkungen über Einzelheiten des Etats, so wie über die Steuerreformvorschläge betrifft, so behalte ich mir vor, darauf bei Gelegenheit der Spezialdebatte und bei der Diskussion über die Steuerreformvorlage zurückkommen.

Nach einer persönlichen Bemerkung des Abg. Richter vertagt sich hierauf die Versammlung um 4 Uhr bis Dienstag 11 Uhr. (Tagesordnung: Aufhebung des Staatsschatzes, geschäftliche Behandlung der Steuerreformvorlage und des Gesetzes, betreffend den Kommunalfonds für Wiesbaden, Etat.)

* Wir ergänzen und berichtigen nachträglich die Stelle in der gestrigen Rede des Abg. Lasker, welche von der nothwendigen Reform der Einkommensteuer handelt. Der Redner erinnerte an die darauf bezügliche Denkschrift des Ministers v. d. Heydt vom Jahre 1869, welche einen Zustand des Landes enthüllt habe, der in finanzieller Hinsicht und mehr noch in moralischer geradezu erschreckend gewesen sei. Der Redner fährt hier fort: Es besteht eine viel verbreitete Unsitte im Lande, gerade bei den größeren Einkommen, dem Staate das ihm nach dem Gesetze Gebührende vorzuenthalten. Meine Herren, um Ihnen dies einigermaßen ins Gedächtniß zu rufen, erlaube ich mir, einige hierüber lautende Stellen jener Denkschrift vorzulesen. Die amtliche Denkschrift der Regierung sagte damals: „Während die klassifizirte Einkommensteuer rücksichtlich der größeren Industriellen den aus dem Gewerbebetrieb fließenden Reinertrag bis zu höchstens 1½ Prozent desselben betrifft, sind die geringeren Gewerbetreibenden, deren Reingewinn äußersten Falls auf 300 bis 500 Thaler angenommen werden kann, nicht selten mit einem Klassensteuersatze von 12 bis 16 Thalern verlangt." Meine Herren, gestattet das öffentliche Gewissen, daß die besser gestellten Klassen ihr Einkommen, ihr großes und hohes Einkommen, welches sie zum steten Anhäufen neuer Gelder aufsammeln, mit 1½ Prozent des Einkommens verzinsen, gegen das Gesetz, welches 3 Prozent vorschreibt, während der arme Bürgersmann, der sich quält, denn die Einkommen von 300 bis 500 Thlr. sind sehr schwerer Arbeit unterworfen, 4 bis 5 Prozent jährlich zu zahlen hat? Ich weiß wirklich nicht, wie eine Volksvertretung, nachdem sie solche Thatsachen durch eine amtliche Denkschrift unterbreitet erhalten hat, nun zwei Jahre sich beruhigen kann, ohne dieser öffentlichen Kalamität Abhülfe zu verschaffen! Und damit Sie nicht irrig glauben, es gehe bei den Gewerbetreibenden allein so, so erlaube ich mir eine zweite Stelle vorzulesen, in welcher dasselbe Mißverhältniß wieder dargestellt wird zwischen dem kleinen und dem großen Grundbesitz. Diese Stelle lautet: „Der unverkennbaren Steigerung gegenüber, welche der allgemeine Wohlstand seit dem Jahre 1852 erfahren hat und bei der anerkannten Thatsache, daß an dieser Steigerung vornehmlich die einkommensteuerpflichtigen Klassen der Bevölkerung betheiligt gewesen sind, weisen jene Zahlen unzweideutig darauf hin, daß die klassifizirte Einkommensteuer zu dem wirklich vorhandenen Einkommen in einem keineswegs zutreffenden Verhältniß steht. Noch deutlicher tritt dieses Mißverhältniß bei der Vergleichung der Veranlagungs-Resultate der Einkommen- und der Klassensteuer hervor: während beispielsweise in Ansehung der Grundbesitzer die Klassensteuer in einer großen Anzahl von Regierungsbezirken von 12 bis zu 40 Prozent des Grundsteuer-Reinertrages steigt, beziffert sich in denselben Bezirken die Einkommensteuer der größen Rittergutsbesitzer von einem Grundbesitz von mehreren Tausend Morgen und verhältnißmäßig geringer Schuldenlast auf nur 2 bis 4 Prozent des Katastralertrags." — Meine Herren, das sind schreiende Zahlen, die kein Finanzminister der Welt unbeachtet lassen darf und keine Volksvertretung, und wenn man mir dagegen mit der populären Phrase kommt, daß nicht aus der Mitte der Volksvertretung eine Erhöhung der Steuern angeregt werden soll, so beweist dies eben, wohin solche schablonenhaften Phrasen führen. (Sehr richtig!) Denn ich strebe nicht dahin, daß ein Mehrertrag aus diesen Steuern für die Staatskasse herbeigeführt werde, sondern ich will diese Summen, die mehr aufkommen, dazu verwenden, um die Klasse zu entlasten, welche die ihr zugemuthete Last wahrlich nicht ohne Noth tragen kann. Ich will die Ausgleichung, wo die Ausgleichung uns dargeboten ist, daß innerhalb derselben Steuer wir reichlich den Ausfall wieder aufbringen können.

---

7. Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Berlin, 12. Dezember, 11 Uhr. Am Ministertisch Camphausen, Geh. Rath Hoffmann. Die Kommission zur Vorberathung der Gesetzentwürfe, betr. die Einrichtung und die Befugnisse der Ober-Rechnungskammer und die dadurch bedingte Zusatzbestimmung zum Art. 74 der Verfassung hat sich heute konstituirt: Virchow (Vors.), Wachler (Stellv.), Schmidt (Sagan) und Jaeckel (Schriftf.)

Es folgt der Bericht der Budgetkommission über den Gesetzentwurf, betreffend die Aufhebung des Staatsschatzes. Ref. von Benda empfiehlt die Annahme der Vorlage, welche eine nothwendige Konsequenz der Begründung des Reichskriegsschatzes sei. Ueber die Verwendung der nunmehr flüssigen Mittel seien in der Kommission anfangs divergirende Ansichten laut geworden; schließlich habe man sich aber einstimmig der Vorlage angeschlossen. Eine Generaldiskussion findet nicht statt, in der Spezialdebatte werden §§ 1—4 ohne Debatte genehmigt; den § 5, welcher in dem Entwurf der Regierung lautet: „Alle Einnahmen, welche in Gemäßheit der bisherigen Bestimmungen dem Staatsschatz zuzuführen waren, fließen fortan den allgemeinen Staatsfonds zu", beantragt die Kommission in folgender Fassung zu genehmigen: „Alle Einnahmen, welche in Gemäßheit der bisherigen Bestimmungen dem Staatsschatz zuzuführen waren, fließen fortan dem allgemeinen Staatsfonds zu, und sind, soweit über dieselben nicht als Deckungsmittel im Staatshaushalt des betreffenden Jahres oder anderweitig unter Zustimmung der beiden Häuser des Landtags verfügt wird, zur Tilgung von Staatsschulden zu verwenden und an die Staatsschulden-Tilgungskasse abzuführen." Referent v. Benda empfiehlt das Amendement als Schutzmittel gegen den eventuellen Mißbrauch der Verwendung dieser Fonds. Reg.-Komm. Geh. Rath Hoffmann erklärt, daß die Regierung der Annahme des Amendements nicht wiederspreche. § 5 wird darauf in der Fassung der Kommission angenommen, und mit dieser Aenderung schließlich das ganze Gesetz.

Der Gesetzentwurf, betreffend Befreiungen von der Klassensteuer und die Aufhebung der Mahl- und Schlachtsteuer wird einer besonderen, der Entwurf, betreffend die Ueberweisung einer Summe von jährlich 142,000 Thalern und eines Kapitals von 46,380 Thlrn. an den kommunalständischen Verband des Regierungsbezirks Wiesbaden der Budgetkommission überwiesen.

Es folgt die Vorberathung des Staatshaushaltsetats für 1872. In der Fortsetzung der Generaldebatte erhält das Wort: Abg. Virchow: Ich knüpfe an die gestrige, so überaus bemerkenswerthe Rede des Finanzministers um so lieber an, als ich ihm die Anerkennung nicht versage, daß seine Vorschläge auf allen Seiten dieses Hauses mehr oder weniger sympathisch berührt haben. Nach meiner Auffassung sprach der Minister mit allzugroßer Bescheidenheit von seinen Verdiensten; ich billige ihm ungleich größere zu. Ich will hier nicht untersuchen, in welchem Maße wir unsere glückliche Finanzlage dem Kriege verdanken, aber daß wir nach dem Kriege in eine verhältnißmäßig so klare und durchsichtige Position gekommen sind, verdanken wir dem Finanzminister, weil er es verstanden hat, der preußischen Finanzverwaltung im Reiche denjenigen Einfluß zu sichern, ohne welchen derselbe auf die Dauer nicht gedeihlich wirthschaften kann. Wir haben jetzt den Vortheil, daß die Entscheidung über die Reichsfinanzen nicht mehr untergeordneten Personen im Reichskanzleramt zusteht, aber wir verdanken diesen Vortheil doch nur dem mehr zufälligen Umstande, daß der preußische Finanzminister einen Sitz im Bundesrathe hat, und ich möchte ihm zur Erwägung geben, ob sich die Sachlage nicht noch günstiger gestalten würde, wenn wir einen wirklichen, verantwortlichen Reichsfinanzminister hätten, eine bestimmte greifbare Person, an die man sich halten könnte. Aber nochmals wiederhole ich, daß wir unsere glückliche Finanzlage dem Umstande verdanken, daß sich in dem gegebenen glücklichen Augenblick die Person fand, welche die Interessen Preußens wahrte, wie es der Finanzminister gethan hat. Daran knüpfe ich noch die andere Anerkennung, daß Herr Camphausen auf die Wünsche des Landes und der Landesvertretung hört. Ich bin es ihm schuldig, dankend auszusprechen, daß wir, die wir durch Konzessionen vom Ministertisch nicht verwöhnt sind, noch nie eine so große Anzahl entgegenkommender Vorlagen gesehen haben, als jetzt. Dagegen muß der Finanzminister nach einer Seite hin gänzlich seine zurückhaltende Stellung aufgeben, wenn er auch in Zukunft die preußischen Finanzen glücklich leiten will. Er hat gestern die Verantwortlichkeit für das ganze Budget abgelehnt und ich glaube, daß er Recht hat, einen Theil derselben auf seine Kollegen abzuwälzen. Aber er kann sich doch bei dem Etatsgesetz nicht gegenüber den Spezialetats gänzlich zurückziehen, wenn sie der Gegenstand gerechter Angriffe werden. Er kontrasignirt das Etatsgesetz allein und er vertritt es uns gegenüber auch allein, denn seine Kollegen sahen wir gestern nur sehr vorübergehend am Ministertische auftauchen. Entweder also übernimmt der Finanzminister die Verantwortlichkeit für das ganze Budget oder er muß seine Kollegen veranlassen, mehr parlamentarische Thätigkeit zu entfalten (Heiterkeit), sich mehr in Kontakt mit der Stelle zu setzen, in der das öffentliche Leben pulsirt. Wenn der Finanzminister die Sorge für die Partikularetats seinen einzelnen Kollegen überläßt, so sind große Bevorzugungen und Benachtheiligungen unvermeidlich; er soll die distribuirende Gerechtigkeit üben. Ich gehe noch einen Schritt weiter. In so großen Fragen fordere ich eine Verantwortlichkeit des Gesammtministeriums, und in unserer jetzigen Verwaltung vermisse ich sehr jene Homogenität, welche als selbstverständlich voraussetzt, daß alle Minister nach gleichen Prinzipien handeln. Ich verstehe nicht, wie es dem Kabinet bei seiner bunten Zusammensetzung möglich sein wird, die Verwaltung erfolgreich fortzuführen, wie einzelne Persönlichkeiten, die in demselben sitzen und ihm in der ganzen Welt einen signifikanten Ruf verschafft haben, in dem neuen Leben der Nation sich erhalten können. In den verschiedenen Zweigen der Staatsverwaltung soll eine gewisse Gleichartigkeit herrschen, die einzelnen Individuen dürfen nicht Träger verschiedener Prinzipien sein. — Der Finanzminister hat gestern die günstige Finanzlage ein Resultat der altpreußischen Traditionen genannt. Es kommt nur darauf an, wie man diesen Ausdruck interpretirt. Meinte er die Traditionen seines Vorgängers? (Heiterkeit.) Schwerlich, die Traditionen müssen ihm also auf einem Umwege zugekommen sein, als eine Art Geheimlehre. Auch der Kultusminister kann sich auf die Traditionen Wöllners und Eichhorns berufen, als deren Nachfolger er sich ausgeben kann, aber ich glaube, auch die rechte Seite würde protestiren, wenn man diese Traditionen als Staatsdoktrin proklamirte. Man soll sich deshalb nicht so anstellen, als ob die guten, preußischen Traditionen die Eigenschaft jedes beliebigen Ministers seien. Sie finden sich nicht in den Manualakten des Ministeriums, sondern wollen durch ernste, ehrliche Arbeit erworben sein. Ich konstatire, daß der Finanzminister diese Arbeit gethan hat, wie seine Vorlagen zeigen, und ich wünsche nur, daß sein Vorgehen im Gesammtministerium Nachahmung finde! — In die gestrige Klage Richters, daß wir ganz machtlos seien, kann ich doch nicht einstimmen. Seit zehn Jahren betheilige ich mich an den Arbeiten dieses Hauses und während dieser Zeit ist doch allmälig ein kleines Stück unserer Prinzipien zur öffentlichen Geltung gekommen. Auch auf der rechten Seite erkennt man an, daß wir doch nicht allein auf einem Parteistandpunkt standen, sondern die Dinge von einem höheren Gesichtspunkt aus erforschten, wie wir auch in der Frage der äußeren Politik jenen Herren vielleicht um dreißig Jahre voraus waren. (Allgemeiner Widerspruch rechts.) — Den gestrigen Ausführungen des Finanzministers über die dringendsten Bedürfnisse des Volkes kann ich nicht beistimmen; er war überaus hart und selbst ungerecht gegen die preußischen Beamten. Die preußische Beamtenwelt kann in allen ihren Schichten jeden Vergleich mit den Beamten aller Länder aushalten. Ich kenne kaum ein Land, in dem eine so große Zahl der ehrenwerthesten Männer gegen so geringen Entgelt auf die Dauer im öffentlichen Dienste arbeitet. (Sehr richtig!) Das ist allerdings auch eine preußische Tradition. Man darf voraussetzen, daß jeder preußische Beamte mit Eifer und Hingebung sein Amt versieht und die Sicherheit und Akkuratesse unserer Staatsmaschinerie wird gerade durch das Heer der kleinen Beamten getragen. Sie haben deshalb Anspruch darauf, daß man ihnen nicht sagt: Ihr müßt nicht auf Lohn sondern auf Ehre sehen. Die preußische Tradition des Betonens der äußerlichen Ehre bedaure ich von ganzem Herzen. Das führt zu byzantinischem oder chinesischem Kastenwesen. Kanzleirath, Geheimer Kanzleirath, Wirklicher Geheimer Kanzleirath — so geht es bei uns, wie in China mit den Knöpfen und in der Türkei mit den Roßschweifen (Große Heiterkeit). Auch ohne das werden

unsere Beamten ihre Pflicht thun; aber wir müssen ihnen die Bedingungen einer gedeihlichen, materiellen Existenz sichern. Der Finanzminister hatte Grund zu sagen, daß er mit einem Schlage mehr thun, als seine Vorgänger während zwanzig Jahren, aber er übersieht, daß er eine kolossale Schuld eben dieser Vorgänger zu sühnen hat, deren Erbe er in dieser Beziehung ist. Nirgends ist die Pflicht der Verbesserung der Beamtengehälter so schlecht erfüllt, wie bei dem Etat des Kultusministeriums. Es ist kaum glaublich, daß der Finanzminister, wenn er die Kreise der Bedürftigen mustert, die Gymnasiallehrer nicht mit demselben Maße mißt, wie die anderen Beamten. Nur der Normaletat von 1863 soll ausgeführt werden und da, wo es schon geschehen ist, geben die Lehrer leer aus, während man die Ministerialräthe und Unterstaatssekretäre, die doch nicht gerade am Hungertuche nagen, in ihren Gehältern aufbessert. Es ist doch wahrlich ein außerordentliches Glück, daß noch so viele Leute die Gymnasiallehrerkarrière einschlagen. Der Finanzminister muß doch bemerkt haben, wie sich das gesammte äußere Leben anders gestaltet, wie die große Masse geistiger Kraft, welche unsere Zeit verbraucht, die Jugend immer mehr von dem niedergetretenen Pfade des Staatsbeamtenthums fortlockt. Es ist geradezu ein Wunder, wie sich die nöthigen geistigen Kräfte finden, die nach Absolvirung des Gymnasiums und der Universität sich entschließen, eine Laufbahn zu verfolgen, welche sie in einen Gehaltskreis von 600 bis 1200 Thalern ihr Leben lang bannt. Ein solcher Zustand wird zur Unmöglichkeit gegenüber den heutigen Geldverhältnissen. Der Finanzminister beschuldigt mit Unrecht diese Beamtenklasse der Begehrlichkeit. Sie ist sehr resignirt und hat bisher sehr wenig Klagen hören lassen; nur jetzt, da für lange hinaus über ihre materielle Existenz entschieden werden soll, erhebt sie ihre Stimme. Der Vorwurf der Begehrlichkeit trifft weit eher die hohe Bureaukratie. Ein hochgestellter Beamter nach dem andern geht in dem Gründungsschwindel unter (hört!), aber wenn die Gymnasiallehrer trotz Privatarbeit und Privatstunden ihre Kinder nicht mehr so erziehen können, wie sie selbst erzogen worden sind und offen erklärten: so geht es nicht länger, da antwortet ihnen der Finanzminister: denkt doch nur daran, was Ihr für Ehre habt! (hört! hört!) der Etat muß Wege finden, diese Beamtenklassen nicht nur auf die Zukunft zu vertrösten, sondern sie schon jetzt materiell besser zu stellen. (Lebhafter Beifall.) Eine andere Klasse von Staatsbeamten, die gleichfalls dem Kultusministerium unterstehen, ist merkwürdigerweise bei den Gehaltsverbesserungen gänzlich ausgefallen, ich meine die Aerzte. Die Kreisphysiker erhalten ein jährliches Gehalt von nur 200 Thlr.; dafür sollen sie ein sehr beträchtliches Maß von Arbeit liefern und durch ihre Privatthätigkeit sich in einer Stellung erhalten, in der sich der Staat ihrer Kräfte bedienen kann. Diese preußische Tradition sollte man aufgeben in einem Augenblick, in dem die Sorge für die öffentliche Gesundheitspflege zu dem Kardinalpunkt einer großen, öffentlichen Bewegung geworden und in England die Einrichtung eines Ministeriums der Gesundheitspflege ins Auge gefaßt worden ist. Der Finanzminister hat gestern die Mahl- und Schlachtsteuer als das erste Erforderniß einer Steuerreform bezeichnet. Ich bin immer gegen diese Steuer gewesen, aber wenn es sich darum handelt, was n o t h w e n d i g e r ist, so meine ich doch die Aufhebung der Zeitungsstempelsteuer. (Unruhe rechts.) In den Arbeiterkreisen werden Sie nicht die Meinung treffen, daß die Mahl- und Schlachtsteuer sie am schwersten drückt und daß sie durch Aufhebung der Klassensteuer in der Stufe 1 A besonders erleichtert werden. Große Theile der Berliner Arbeiter z. B. gehören nicht dieser Steuerstufe, kaum der Stufe 1 B an, sondern sind noch höher eingeschätzt. Sie glauben nicht an einen baldigen Niederschlag der Brod- und Fleischpreise, dagegen haben sie jetzt eine neue, direkte Steuer zu entrichten. Populär ist die Aufhebung der Mahl- und Schlachtsteuer n i c h t und ich gebe mich gar keiner Illusion darüber hin, in welchem Maße die Preise für Brod und Fleisch sinken werden. (Unruhe rechts.) Mit einmal ändern sich die Verhältnisse nicht; das liegt vorläufig in der Hand der Bäcker und Fleischer und ehe das Gesammtverhältniß so regulirt ist, daß durch die Konkurrenz die Preise sinken, geht eine ziemlich lange Zeit vorüber. Der Holzhandel z. B. ist doch ziemlich frei; aber die Preise hängen bei der geringen Anzahl der Händler doch ganz von der Verständigung derselben ab. Einmal muß man freilich über diesen Uebergangszustand hinweg und ich habe durchaus nichts gegen die Aufhebung der Mahl- und Schlachtsteuer, aber ich verhehle mir nicht, daß sie gerade in den Kreisen, auf deren Zustimmung man vielleicht vorzugsweise rechnete, Widerstand finden wird. Und bei der augenblicklichen Sachlage wäre es mir auch ziemlich gleichgiltig gewesen, ob man diese Steuern 71 oder 74 aufhob. Ich hätte es vorgezogen, wenn die Regierung mehr auf die ideelle, intellektuelle Seite der Volksentwickelung ihr Augenmerk gerichtet hätte. Wir alle sind darin doch einig, daß ein Volk auf die Dauer nur groß und mächtig bleiben kann, wenn es für seine gedeihliche, ideelle Entwickelung gehörig sorgt. Noch neulich bekannte der englische Minister Stansfield in einer Rede zu Liverpool, daß Großbrittannien, wenn es nicht zu Grunde gehen wolle, seine Volksschulen auf dieselbe hohe Stufe, wie Deutschland und Amerika die übrigen, bringen müsse. In einem von der Natur arg vernachlässigten Lande verdanken wir den materiellen Wohlstand der Nation doch nur der guten Erziehung, der Entwickelung der geistigen Kräfte der Jugend in unseren Volksschulen. Nach dem Austritt aus der Schule übernimmt aber die Presse die Fortsetzung der Volkserziehung. In großen Städten mögen Vereine, Versammlungen u. A. m. zur Bildung der Staatsbürger beitragen; der großen Masse führen Sie aber nur durch die Presse neuen Bildungsstoff zu und indem Sie dieselbe von allen unnöthigen Fesseln entlasten, sorgen Sie dafür, daß die Presse eine gute wird. Deshalb hätte ich vor Allem Aufhebung des Zeitungsstempels gewünscht. Schließlich muß ich noch gegen eine Aeußerung des Abg. v. Gottberg protestiren, der sich gestattete, die berliner Bürger der Steuerdefraudation anzuklagen. Gerade die hiesigen Einschätzungskommissionen sind mit so großer Strenge verfahren, daß Berlin unverhältnißmäßig mehr Steuern zahlt, als das übrige Land. Seit zwei Jahren erhebt nun die Stadt Berlin eine Kommunaleinkommensteuer von dem Einkommen zwischen 300—1000 Thlrn. auf dem Prinzip der Selbsteinschätzung und da hat sich nun die merkwürdige Thatsache herausgestellt, daß durch diese Selbsteinschätzung der Berliner Bürger der staatlichen Einkommensteuer 2700 Personen zugeführt sind. Gegenüber dieser rigorosen Strenge der rein bürgerlichen Einschätzung erscheinen die Grundsätze der aristokratischen Einschätzungskommissionen in der That etwas sehr milde. Die Thätigkeit des Einzelnen kann hier viel bessern, das Beispiel, welches die Haupt- und Residenzstadt dem Lande gegeben hat, ist wahrlich ein empfehlenswerthes. (Beifall.)

Abg. v. W e d e l l (Malchow): Man hat unserer Partei auch diesmal wieder, wie gewöhnlich, den Vorwurf gemacht, daß wir hinter den Forderungen der Zeit zurückblieben und nur widerwillig dem allgemeinen Fortschritte folgten. Mit demselben Rechte könnte ich Ihnen auf jener Seite vorwerfen, daß Sie ohne Rücksicht auf die bestehenden Verhältnisse der Zeit allzu weit voraneilen. Thatsache ist, daß wir mit Ihrer Politik weder Schleswig-Holstein gewonnen, noch Oesterreich aus Deutschland herausgedrängt, noch die Einheit Deutschlands errungen hätten. Mit Stolz können wir sagen, daß der große Staatsmann, dem wir alle diese Erfolge zum größten Theile verdanken, aus den Reihen der konservativen Partei hervorgegangen ist. (Beifall rechts.) Man hat auf die dringende Nothwendigkeit der Beseitigung der Zeitungsstempelsteuer hingewiesen. So lange wir noch die Mahl- und Schlachtsteuer und die Salzsteuer haben, darf an die Aufhebung einer andern Steuer nicht gedacht werden. Ein großes Hinderniß der Bildung erkenne ich überdies in der Zeitungsstempelsteuer nicht; die Vertheuerung des Preises der Zeitungen ist nur so gering, daß sie einen Einfluß auf die Verbreitung derselben nicht ausüben kann; der Vortheil der Aufhebung der Steuer würde nicht dem Publikum, sondern nur dem Verleger zu Gute kommen. Man hat ferner durch Unterscheidung zwischen bürgerlichen und aristokratischen Einschätzungskommissionen ohne Noth einen Hader zwischen den Städten und dem ländlichen Grundbesitz herbeigezogen. Ein solcher Unterschied existirt nicht, und der Vorwurf, daß die Grundaristokratie weniger sorgfältig einschätze als es in den Städten geschehe, widerlegt sich schon dadurch, daß auf dem Lande das Vermögen in Grundbesitz ebenso wie die Schulden offen vor Jedermanns Augen daliegen, während das mobile Kapital in den Städten vielmehr geeignet ist, sich den Blicken der Einschätzungs-Kommission zu entziehen. Der Abg. Richter bezeichnet ferner unseren gegenwärtigen Selbstverwaltungs-Organismus als eine Mißgeburt des Feudalismus und der Bureaukratie und als eine Versorgungs-Anstalt für alte aber unbemittelte Adelsfamilien. Ich möchte Sie doch bitten, derartige Angriffe gegen die Grund-Aristokratie, welcher anzugehören ich stolz bin, möglichst zu vermeiden. Ebenso wie die Einheit Deutschlands nicht das Werk einer einzelnen Partei war, sondern nur durch das Zusammenwirken aller Kräfte ermöglicht wurde, so werden Sie auch bei der Reorganisation unserer Selbstverwaltung unserer Partei nicht ausschließen können. Es ist dies schon deshalb unmöglich, weil namentlich in den östlichen Provinzen die Grundaristokratie fast daß einzige Element bildet, welches geeignete Organe der Selbstverwaltung zu stellen im Stande ist. Was die Wünsche einer weiteren Steuerreform betrifft, so stimme ich denselben durchaus bei, und namentlich möchte ich die Eingangzölle und die Stempelabgaben beim Verkauf von Immobilien der besonderen Aufmerksamkeit der Regierung empfehlen. Auch die Grund- und Gebäudesteuer wird sich einer Reform kaum noch lange entziehen können, da die berechtigten Klagen des Grundbesitzes täglich an Stärke zunehmen. Ich verkenne nicht, daß man gerade von dieser Seite (der konservativen) auch vielfach in seinen Forderungen zu weit geht; so ist das Verlangen, daß man den großen Militär-Invalidenfonds von 240 Millionen in Hypotheken anlegen solle, ein ganz exorbitantes, das ich durchaus nicht billigen kann; Sie werden aber die berechtigten Klagen nicht eher zur Ruhe bringen, als bis die Grundsteuerfrage einer gründlichen Revision unterworfen ist, und es dürfte sich vielleicht empfehlen, im nächsten Jahre hier im Hause eine Enquete-Kommission für diesen Zweck niederzusetzen. Für heute will ich weitergehende Wünsche nicht aussprechen, denn ich sehe in der uns vorliegenden Steuerreform nur den ersten Schritt zu einer allgemeinen Reform und bitte den Herrn Finanzminister, auf dem betretenen Wege sobald als möglich weiterzugehen. (Beifall rechts.)

Die Generaldiskussion wird hiermit geschlossen. In der S p e z i a l d e b a t t e beantragt Abg. Berger (Witten) zu dem Etat des Abgeordnetenhauses: „Die Anstellung der Beamten und Diätarien des Hauses steht dem Präsidenten zu. Während der Zeit, zwischen zwei Sessionen hat der Präsident der vorigen Session dieses Recht.“ — Der Antragsteller weist darauf hin, daß es Pflicht des Hauses sei, seine Würde und sein Ansehn zu wahren und durch geeignete Garantien zu umgeben. Hierzu gehöre, daß die Versammlung zunächst in einem anständigen Lokal tage, daß sie in diesem Lokal ihr eigener Herr sei, und daß sie ihre Beamte aus eigener Machtvollkommenheit durch das Organ des Präsidiums anstelle. Der ersten Forderung werde die Regierung angesichts der günstigen Finanzlage hoffentlich in kürzester Zeit entsprechen; das Haus möge seinerseits nach dem Beispiele des Reichstages sich das in dem letzten Punkt enthaltene Recht durch Annahme des Antrages sichern. — Ohne weitere Debatte wird der Antrag fast einstimmig angenommen.

Zu dem Etat des S t a a t s m i n i s t e r i u m s beantragen die Kommissarien des Hauses, die Regierung aufzufordern, künftig den Anlagen zum Staatshaushalts-Etat einen Spezial-Etat für den Reichs- und Staatsanzeiger hinzuzufügen. Regierungs-Kommissar H o m e y e r erklärt, daß es sehr schwierig sein würde, dem Wunsche des Antrages zu entsprechen, da die Einnahmen wie die Ausgaben des Staatsanzeigers je nach den Zeitverhältnissen sehr verschieden seien und die Zahlen des Spezialetats also einen sehr imaginären Charakter tragen würden. Sollte das Haus trotzdem den Antrag annehmen, so werde die Regierung bemüht sein, demselben nach Möglichkeit zu entsprechen.

Abg. D u n c k e r weist darauf hin, daß die erhobenen Bedenken gegen sehr viele Verwaltungszweige geltend gemacht werden könnten. Die der Verfassung entsprechende Spezialisirung des Etats des „Staatsanzeigers“ sei um so nothwendiger, als die Ausdehnung des Blattes zum „Reichsanzeiger“ einen Ueberblick erfordere, in wie weit das Reich an den Kosten partizipire. — Der Antrag wird mit großer Majorität angenommen.

Bei dem Etat der S t a a t s a r c h i v e fragt Abg. Hänel, was in der letzten Zeit geschehen sei, Dänemark zu veranlassen, seiner vertragsmäßigen Verpflichtung entsprechend, die schleswig-holsteinschen Archive auszuliefern. Gleichzeitig klagt der Redner über die ungeeigneten Lokalien des Archivs in Schleswig, die eine Benutzung desselben sehr erschweren.

Regier.-Kommissar D u n c k e r erklärt daß die Regierung die Angelegenheit der Auslieferung der noch restirenden schleswig-holsteinischen Archive unsausgesetzt verfolge und einer baldigen Erledigung der Angelegenheit entgegensehe. Was die Lokalien des schleswigschen Archivs betreffe, so seien dieselben allerdings unzureichend; in Ermangelung besserer habe man sich vorläufig mit den vorhandenen begnügen müssen.

Abg. S c h m i d t (Stettin) bittet, man möge überhaupt den Etat der Archive besser dotiren, und den Archivar-Sekretären, die eine sehr sehr tüchtige wissenschaftliche Vorbildung genossen haben müßten, ein auskömmliches Gehalt, und für Bibliothek- und andere Zwecke der Archivverwaltung größere Mittel gewähren zu können.

Bei den einmaligen außerordentlichen Ausgaben ist für die Herrichtung eines Theiles des Lagerhausgebäudes für die Aufnahme des geheimen Staats-Archivs eine Rate von 40,000 Thlr. ausgeworfen. Abg. L a u e n s t e i n motivirt die Höhe der Summe, die den Voranschlag um 10,000 Thlr. übersteigt durch den Hinweis auf die Nothwendigkeit einer Modifikation der ursprünglich beabsichtigten Façade, und empfiehlt die Bewilligung der Position, die vom Hause auch ausgesprochen wird.

Zu dem Etat der O b e r r e c h n u n g s k a m m e r bemerkt Abg. Lauenstein als Kommissar des Hauses, daß man aus der Vereinigung der preußischen Oberrechnungskammer mit dem obersten Rechnungshofe des Reiches eine Verminderung der preußischen Arbeitskräfte erhofft habe, indessen sei durch die Annexion der neuen Provinzen der Geschäftsumfang der Behörde so gewachsen, daß an eine Verringerung der Arbeitskräfte nicht gedacht werden könne.

Der Etat für das Büreau des Zentraldirektoriums der V e r m e s s u n g e n im preußischen Staate giebt dem Abg. S c h m i d t (Stettin) Veranlassung, die Bewilligung der für das Institut geforderten Geldmittel durch Hinweis auf die zu erwartenden wissenschaftlichen Erfolge für die Karthographie zu empfehlen. Abg. D u n c k e r erklärt sich gleichfalls für die Position, hätte jedoch bei der Konstituirung dieser neuen Behörde eine nähere Umschreibung ihrer Befugnisse gewünscht.

Zum Etat der Landesverwaltung des J a d e g e b i e t e s beantragen die Kommissarien des Hauses, die Regierung aufzufordern die Reorganisation der Verwaltung des Jadegebiets und insbesondere die Auflösung des Admiralitäts-Kommissariats ungesäumt herbeizuführen. Die Abgg. S c h m i d t (Stettin) und L a u e n s t e i n begründen den Antrag, indem sie darauf hinweisen, daß das Admiralitäts-Kommissariat eine bloße Sinekure sei, dessen Aufhebung durch das Haus bereits mehrfach beschlossen und auch von der Regierung in Aussicht gestellt sei. Regierungskommissar Homeyer und Minister Camphausen erklären, daß die Angelegenheit dem Staatsministerium zur definitiven Beschlußfassung vorliege und daß die Hoffnung vorhanden sei, in Kurzem eine Neugestaltung jener Verhältnisse herbeizuführen. — Der Antrag der Kommissarien wird hierauf angenommen.

Bei dem Etat des F i n a n z m i n i s t e r i u m s, Kapitel IV, (Pensionen), beantragen die Kommissarien des Hauses, daß ein neues Pensionsgesetz noch in dieser Session vorgelegt werde. Der Antrag wird einstimmig angenommen, nachdem der Finanzminister erklärt hat, daß er bereits seinen Kollegen Vorschläge über ein neues Zivil-Pensions-Reglement gemacht habe, daß er aber nicht dafür einstehen könne, daß die betr. Vorlage noch in dieser Session an das Haus gelange. Ein Beschluß des Staatsministeriums über seine Vorschläge sei noch nicht erfolgt.

Bei Kap. 12 Tit. 3 (400,000 Thlr. Unvorhergesehene Ausgaben, Haupt-Extraordinarium) macht L a s k e r geltend, daß für die Zukunft wirklich nur unvorhersehbare Ausgaben durch diesen Titel gedeckt werden, aber nicht solche, die an sich nützlich sein mögen, aber vorhergesehen werden und daher zur Indikation des Hauses gehören, wie Rentenablösungen und Entschädigungen. Reg.-Kommissar H o f f m a n n glaubt diese Verwendung durch die schwer zu begrenzende Natur des Haupt-Extraordinariums rechtfertigen zu dürfen und findet es nicht anstößig, wenn aus demselben theilweise auch Renten abgelöst werden, weil der eigentliche Ablösungsfonds dazu nicht ausreicht. K l o t z (Berlin) findet diese Auffassung nicht korrekt, da in solchem Falle eine unzweifelhafte Etatsüberschreitung vorliege. — Abg. L a u e n s t e i n mahnt bei dieser Gelegenheit an die endgültige Regelung der bäuerlichen Verhältnisse in der Provinz Hannover, um der dort herrschenden Rechtsunsicherheit ein Ende zu machen. Der M i n i s t e r d e s I n n e r n verspricht Abhilfe durch eine Vorlage noch in dieser Session.

Erwähnenswerth ist aus den Erläuterungen, die der Regierungs-Kommissar zu dem Haupt-Extraordinarium den Kommissarien des Hauses gab, die folgende anläßlich der im Jahre 1870 geleisteten Zahlung von 3307 Thlrn. zur Anlegung einer verbesserten Feuerlösch-Einrichtung im O p e r n h a u s e zu B e r l i n: „Das königliche Opernhaus und Schauspielhaus sind Eigenthum des Staats — nicht des Kron-Fidei-Kommisses — und die, die Erhaltung der Substanz bezweckenden Ausgaben auch schon bisher als der Staatskasse obliegend behandelt worden.

Unter den e i n m a l i g e n Ausgaben befinden sich 175,000 Thlr. zur Bestreitung der durch Einziehung von Münzen entstehenden Kosten. Diese Summe wird auf Antrag der Kommissarien des Hauses unter Zustimmung des Regierungs-Vertreters Geh.-Rath Hoffmann auf 75,000 Thlr. herabgesetzt.

Zum Ankauf eines Grundstücks für die Regierung zu D a n z i g werden 30,000 Thlr. verlangt. Die Kommissarien beantragen, diese Summe nicht zu bewilligen, eventuell mit der Bewilligung die Erwartung auszusprechen, daß das Präsidialbureau in dem Regierungs-Dienstgebäude verbleiben, und die Räumlichkeiten in dem anzukaufenden Gebäude, soweit sie für das Wohnungsbedürfniß des Präsidenten entbehrlich sind, für andere Verwaltungszwecke werden nutzbar gemacht werden. Abg. H o e n e ist prinzipiell für die Streichung der 30,000 Thaler und hofft, daß dadurch der Neubau eines Regierungsgebäudes für Danzig beschleunigt werden würde, während es sich hier nur um eine Präsidialwohnung handle.

Minister des I n n e r n: Augenblicklich sei für diesen Zweck kein Geld vorhanden. Das dringendste Bedürfniß sei in Danzig eine Dienst-Wohnung für den Regierungs-Präsidenten: nur Danzig und Arnsberg entbehrten einer solchen. Da noch nicht feststehe, wann der Bau eines größeren Regierungsgebäudes stattfinden könne, so möge man zunächst die Wohnungsfrage lösen, deren Wichtigkeit Lasker gestern dargethan habe.

Abg. R ü c k e r t (Danzig) erkennt an, daß das Regierungsgebäude in Danzig ungenügend, erklärt aber trotzdem, die Regierungsforderung ablehnen zu müssen, da er weder zugeben könne, daß es ein dringendes Bedürfniß sei, dem Regierungspräsidenten eine Amtswohnung zu verschaffen, noch daß es praktisch sei, die Präsidial-Bureaux aus der Regierung herauszunehmen und mit der Amtswohnung des Präsidenten zu vereinigen. Die Regierung möge einen vollständigen, auch eine Amtswohnung einschließenden Plan vorlegen, dann werde das Haus die Sache frei berathen können; so aber würde das Haus durch den Ankauf des Grundstückes bereits gebunden sein. Die Regierung habe sich nicht darüber ausgesprochen, ob das Grundstück ausreichend groß für die ganze Regierung sei.

M i n i s t e r d e s I n n e r n betont auch, daß man später ein solches Grundstück, wie das ins Auge gefaßte, wahrscheinlich nicht mehr erhalten werde. Die Staatsregierung handle also praktisch, wenn sie zugreife. Hiermit ist die Debatte geschlossen. Die Forderung der Regierung wird, dem Hauptantrage der Kommission entsprechend, wie die Zählung ergiebt, mit 155 gegen 123 Stimmen abgelehnt, wodurch der eventuelle Antrag der Kommissarien erledigt ist. Damit ist der Etat des Finanzministeriums erledigt und die heutige Tagesordnung erschöpft.

Schluß 3¾ Uhr. Nächste Sitzung Mittwoch 12 Uhr. (Etat der Verwaltung der Staatsschulden und des Handelsministeriums.)

Lokales und Provinzielles.

Posen, 13. Dezember.

— Die „Germania“ bringt eine Korrespondenz aus Posen, welche unsere Ausführungen in dem Leitartikel unserer vorgestrigen Nummer über das Verhältniß der U l t r a m o n t a n e n z u d e r p o l n i s c h e n N a t i o n a l p a r t e i fast durchweg bestätigt. Der Korrespondent schreibt:

Nach einer längeren Abwesenheit bin ich wieder hierher zurückgekehrt. Während dieser Zeit ist im Posen'schen Nichts von größerer Tragweite vorgekommen. Gegenwärtig gerade ist wieder ein heftiger Zweikampf zwischen dem radikalen „Dzien. Pozn.“ und dem katholischen „Tygodnik katolicki“ entbrannt. Diese beiden Blätter liegen seit ihrem Bestehen im Kampfe mit einander. Ganz natürlich! Das katholische Gewissen, die katholischen Ueberzeugungen lassen sich nirgends, also auch hier nicht, durch die engherzigen, vermeintlich „echt nationalen“, im Grunde aber heidnischen Prinzipien, oder besser, Tendenzen vergewaltigen. Sie wissen bereits, wie unkirchlich unser polnisch-nationales Blatt, mit dem die durch und durch katholische „Germania“ — risum teneatis! — eine gemeinschaftliche Sache machen sollte, ist, und wie heftig dagegen seitens der katholischen Majorität der Polen opponirt wird. Leider, daß die Katholiken bis jetzt ihr eigenes Organ nicht zu Stande zu bringen vermochten. Wie sehr davon die katholischen Interessen leiden, namentlich jetzt, wo die religiösen Angelegenheiten in den Vordergrund treten und die Gemüther auch der am meisten Indifferenten, in Anspruch nehmen, ist leicht zu ersehen. Der „Dziennik Pozn.“ ist durch die gewaltigen Hiebe, die er vom „Tygodnik katol.“ fast jede Woche erhält, sehr erschüttert und in seinem Ansehen untergraben worden. Man sehnt sich allgemein nach einer neuen katholischen Zeitung, die den gegenwärtigen Anforderungen der Zeit würdig und nach allen Seiten hin entspreche. Der letzte Kampf zwischen den genannten beiden polnischen Blättern entspann sich wegen Ihrer „Germania“, die von einem großen Theile der Geistlichkeit und der größeren Grundbesitzer gehalten wird. Das gefiel dem „Dzien. Pozn.“ nicht und er fing an, gegen jene „Verräther der polnischen Sache“, wie er sie nannte, zu donnern. Es sei doch besser, schrieb er, den häretischen aber polnischen „Dzien.“ zu lesen, als die katholische, aber deutsche „Germania“. Was für eine traurige Verwirrung von Begriffen! So weit geht die blinde nationale Wuth, die das katholische Bewußtsein ganz und gar unterdrücken, die Bande der katholischen Gemeinschaft völlig zerreißen wollte. Man soll im Namen eines, ich weiß nicht was für einen, Polonismus keine katholischen Zeitungen mehr lesen! Der „Tygodn. katol.“ gab dem „Dziennik“ eine schlagende und offene Antwort: Ihr leset ja schmutzige französische und deutsche Romane und den polnischen Geistlichen sollte es nicht erlaubt sein, die katholische „Germania“ zu halten. Besser ist ja doch die katholische, wenn auch deutsche „Germania“, die die katholischen Gefühle nicht verletzt, vielmehr dieselben stärkt und nährt, als der freimaurerische, wenn auch in polnischer Sprache gedruckte „Dzien.“ Der „Dziennik“ will nichts vom Deutschthum hören, aber dafür arbeitet er, wie dies ihm der „Tygodnik“ nachgewiesen, dem russischen Panslavismus in die Hände. Es ist ein erfreuliches Zeichen, daß in Folge dieses journalistischen Kampfes, von der „Germania“ überall gesprochen und geschrieben wird. Die polnischen Katholiken lassen sich öffentlich vernehmen, daß es sehr gut ist, wenn die Geistlichen und die gebildeten Laien doch auch ein echt katholisches Blatt wie die Germania lesen.

In diesem Sinne schreibt auch der Korrespondent des „Tygodnik“ aus der Diözese Przemysl in Galizien, so der treffliche galizische „Przeglad Lwowski“ — kurz, die Katholiken schütteln bereits das unerträgliche Joch der ihnen von den radikalen monopolistischen Blättern aufgeworfenen nationalen Ausschließlichkeit ab, und fangen an mit Interesse den regen Kundgebungen der deutschen Katholiken zuzusehen. Das ist viel, sage ich noch ein Mal, da ihnen dies durch den langjährigen Druck seitens der spezifisch polnischen aber freimaurerischen Zeitungen nicht gestattet war. — Ich habe früher Ihnen gemeldet, daß die Gründung einer k a t h o l i s c h e n polnischen Zeitung mit dem Neujahre beginnen werbe; die Sache ist aber bis auf Weiteres, hoffentlich bis zu Ostern, verschoben worden. Dafür sollen wir aber ein anderes, wohl auch katholisches Blatt erhalten, das, vermeintlich Ihrer „Germania“ zum Trutz — „Polonia“ heißen soll, daß aber zu vielfachen Bedenken

(Fortsetzung in der Beilage.)

Veranlassung giebt. Die Aktien werden rührig gesammelt, und das Blatt wird Abonnenten finden schon deswegen, weil der „Dzien Pozn." Allen verhaßt ist. Nichtsdestoweniger werden von vielen Seiten Befürchtungen laut. Mit dem „Altkatholizismus" ist in Polen nichts zu holen. Einen „liberalen" Katholizismus wollen wir nicht — das ist ja eben die Pest des Jahrhunderts, wie der h. Vater gesagt hat. Die Katholiken des Großherzogthums müssen bald zur Einsicht gelangen, daß die katholische Sache allen Nationen gemeinschaftlich ist, und daß man folglich gemeinschaftlich mit den übrigen Katholiken, wenn auch mit den Deutschen, Hand mit Hand mitgehen müsse. Die polnischen Deputirten haben gegenwärtig gegen den Lutzschen Antrag gestimmt, was ich rühmlichst hervorhebe, aber ich glaube, daß es nur eine Frage der Zeit ist, wann sie sich mit der katholischen Zentrumsfraktion zu vereinigen haben. Das werden sie thun müssen, um der katholischen Sache wirksam und gedeihlich zu dienen. (!!) — Nun noch eine Nachricht. Der weitbekannte polnische Schriftsteller J. J. Kraszewski, der wohl über ein halbes Tausend von Romanen geschrieben, hat von König Victor Emmanuel einen hohen Orden erhalten. Die Katholiken Polens nehmen ihm die Annahme desselben sehr übel — und mit Recht. Der fruchtbare Schriftsteller hat diese Auszeichnung durch den Verrath an der katholischen Sache, an seinem Gewissen und an seiner schönen Vergangenheit erworben. Wir beneiden ihn nicht, wohl aber bemitleiden wir ihn. Sie sehen, wohin der nationale Schwindel ohne Gott führt.

Wenn der „Dziennik" unserer Ausführung nicht glaubt, wenn er sich in der Einbildung wiegt, daß auch die ultramontanen Polen die Solidarität in der nationalen Sache aufrechthalten und die Entnationalisirung durch die ultramontanen Bestrebungen keine Fortschritte mache, so sollte ihn doch der Siegesjubel der Ultramontanen selbst von seinem nationalen Wahne befreien. — Der berliner Korrespondent der „Bad. Landesztg.", welcher seine Nachricht aufrecht erhält, daß ein polnischer Agent aus Posen mit dem Redakteur der „Germania" verhandelt hat, mag wohl nicht ganz unrecht haben, indessen war der Agent nicht der gegenwärtige Redakteur des „Dziennik poznanski", sondern vielleicht ein zukünftiger Redakteur oder wenigstens Mitarbeiter der „Polonia", vielleicht auch der Schreiber des obigen Briefes.

— Zum Kapitel von den Gehaltsverbesserungen schreibt man der „Bresl. Ztg." aus Bromberg, 7. Dezember:

Die schönen Hoffnungen, die von Seiten der Lehrer an höheren Anstalten auf die projektirte Gehaltsverbesserung gesetzt wurden, sind mit der Vorlage der Regierung zu Wasser geworden: denn während fast allen übrigen Beamten nicht unbedeutende Gehaltszulagen zugedacht werden, sind die Lehrer an Gymnasien und Realschulen unberücksichtigt gelassen, und doch steht das Gehalt, welches diese Beamten bisher bezogen, selbst wenn es den Maximalsatz erreicht, mit den jetzigen Verhältnissen, mit der Theuerung der Lebensmittel in keinem Einklange; es hat daher das Lehrerpersonal am Gymnasium zu Konitz eine Petition an das Abgeordnetenhaus gerichtet, um auch für die Lehrer der höheren Anstalten eine Gehaltsaufbesserung zu erreichen. Gleichzeitig hat man sich von dort aus schriftlich an andere Anstalten, z. B. auch hierher (Bromberg) gewandt, um zu demselben Schritte aufzufordern, und man hofft, etwas bei dem Hause durchzusetzen für den Fall, daß sich noch eine größere Anzahl Anstalten, namentlich auch aus andern Provinzen, anschließen sollte.

Ueber eine andere Petition zu Gunsten der Jesuiten, für welche unter den katholischen Bewohnern von Konitz und Umgegend zur Zeit Unterschriften gesammelt werden und welche demnächst dem Abgeordnetenhause unterbreitet werden soll, schreibt man der „Danz. Ztg." aus Konitz, 8. Dezember:

Es werden in dieser Petition die Verdienste des Ordens Jesu speziell um unsere Stadt auf Gründung des Jesuitenklosters, aus dem nach der Säkularisation das jetzige Gymnasium hervorgegangen ist, hervorgehoben. Hierzu erlauben wir uns die Notiz, daß im Jahre 1620 die Jesuiten nach Konitz kamen, um der immer mehr sich verbreitenden neuen Lehre entgegen zu arbeiten. Das erste von den Jesuiten im Jahre 1622 erbaute Fachwerksgebäude brannte im Jahre 1657 ab und wurde in den Jahren 1659—1660 durch ein neues ersetzt. Dasselbe wurde indeß bald so baufällig, daß in den Jahren 1743—1755 auf einem von der Stadt für 2000 Gulden gekauften Theile des sogenannten Stadthofes (einem frühern Sattelhofe des Ritterordens) ein neues Kollegiatsgebäude erbaut werden mußte, welches im Jahre 1815 für die Zwecke des heutigen Gymnasiums bestimmt wurde.

— **In der polytechnischen Gesellschaft** führte am Sonnabend Hr. Dr. Jones einen Apparat zum Prüfen des Petroleums vor und theilte dabei Folgendes mit: Wegen der mancherlei Unglücksfälle, welche durch Entzündung des Petroleums veranlaßt worden waren, wurden zuerst in Nordamerika auf Veranstaltung der Regierung sehr eingehende Untersuchungen durch Chandler über die Umstände angestellt, unter denen diese Entzündung stattfindet. Die Verdampfungs-Temperatur von 78 Proben, welche untersucht wurden, lag unter 38° C., die höchste betrug 34° C.; die beste Probe enthielt 2 Proz., die schlechteste (am leichtesten entzündliche) 90 Proz. Naphta. Es stellte sich ferner heraus, daß Petroleumlampen aus Metall, nachdem sie bei einer Temperatur des Zimmers von 24° C. mehrere Stunden lang gebrannt hatten, eine Temperatur von 38° C., Lampen aus Glas dagegen nur eine Temperatur von 30° C. zeigten. Das Resultat der Chandler'schen Untersuchungen war, daß jedes Petroleum, welches sich unter 43° C. entzündete, für feuergefährlich erachtet wurde, und demnach nicht in den Handel gebracht werden sollte. Darin war man in Amerika entschieden zu weit gegangen, da das Petroleum, je schwerer entzündlich es ist, auch desto schlechter brennt. Man hat deßwegen in England die zulässige Entzündungstemperatur auf 35° C. herabgesetzt, und ist sicher sogar ein Petroleum ungefährlich, welches sich bei 30° C. entzündet. Auch in Köln sind 28 verschiedene Petroleumsorten untersucht worden, und hatten 2 davon Entzündungstemperaturen unter 35° C. Häufig wird in neuerer Zeit das Petroleum mit Schieferölen verfälscht, welche bei der Fabrikation des Paraffins in der Provinz Sachsen und anderwärts gewonnen werden. Diese Oele haben ein höheres spezifisches Gewicht als das Petroleum und besitzen eine geringere Leuchtkraft. Man erkennt diese Verfälschung, wenn das zugesetzte Schieferöl schlecht gereinigt war, an einer dunkeln Färbung und Abscheidung von schwarzen Flocken, sobald verdünnte Schwefelsäure mit dem Petroleum gemischt wird. Es wurde darauf eine Petroleumsorte mittelst eines Apparates untersucht, durch welchen die Temperatur festgestellt wird, bei welchem sich das Petroleum entzündet. Es hängt ein Thermometer in dasselbe hinein, und wird nun das Metallgefäß, in welchem sich das Petroleum befindet, so lange erwärmt, bis sich dasselbe durch ein brennendes Streichhölzchen entzündet, worauf die Temperatur am Thermometer nach sofortigem Auslöschen abgelesen wird. — Man hat überdies manche andere Apparate zur Untersuchung des Petroleums konstruirt, welche angeben, bei welcher Temperatur die Petroleumdämpfe brennen, oder welche auch einfach das spezifische Gewicht anzeigen. Jedoch ist die letztere Untersuchungs-Methode wenig maßgebend, da man durch Mischung eines schweren mit einem leichteren und leicht entzündlichen Petroleum eine Flüssigkeit von dem normalen spezifischen Gewicht herstellen kann, welche trotzdem leicht entzündlich und feuergefährlich ist. Gutes Petroleum ist sicher weniger gefährlich als Spiritus, da dieser sich bei jeder Temperatur jenes aber erst bei 30 Grad C. entzündet; auch bilden, wie die Erfahrung lehrt, Spiritusdämpfe mit Luft nicht weniger explosive Gemische, als Petroleumdämpfe. Ein sehr bedeutender Brand in Stettin wurde durch eine Spiritus-Explosion veranlaßt, während ein mit Petroleum beladenes Schiff im Hafen von Danzig ohne jede Explosion abbrannte. Es dürften demnach die beschränkenden polizeilichen Bestimmungen in Betreff der Aufbewahrung des Petroleums 2c. vielleicht nicht mehr zeitgemäß sein. Sobald nur darauf gehalten wird, daß kein leicht entzündliches Petroleum geführt wird, dürfte die Lagerung des Petroleums ebenso wenig irgend welchen Beschränkungen unterliegen, wie die des Spiritus.

— **Der Verein des h. Vincenz à Paulo** hielt am 8. im Saale des erzbischöflichen Palais unter Vorsitz des Hrn. Erzbischofs seine Generalversammlung ab. Mehre hundert Personen waren erschienen. Von Mitgliedern des hiesigen Domkapitels waren die Kanoniker Koźmian, Polczynski, Maryański und Grandke anwesend. Der Bericht über die Thätigkeit und den Stand des Vereins ergab, welche Verluste derselbe durch den Krieg erlitten habe und in welch trauriger Lage er sich befinde. Der Hr. Erzbischof hielt eine Anrede an die neu aufgenommenen Mitglieder, worin er sie an die Pflicht mahnte, christliche Tugenden zu üben, vor allen Dingen Nächstenliebe den Hilfsbedürftigen entgegenzubringen, in spezieller Rücksicht auf den Charakter des gegenwärtigen Moments, da böse und verblendete Menschen sich an alle niedern Leidenschaften wenden, um durch die Anfreizung derselben einen Sturm gegen die besitzenden Klassen hervorzurufen und ihren eigenen Wohlstand auf unrechten Wegen zu verbessern. Schließlich ertheilte der Hr. Erzbischof allen Versammelten seinen Segen.

— **Vor dem Kriminalgericht zu Krakau** wurde am 7. d.M. der Raubmörder Jan Bachowski, der, wie wir seiner Zeit mittheilten, den Krakauer Professor Zeuschner ermordet hatte und auf der Flucht in Pleschen ergriffen worden war, zum Tode durch den Strang verurtheilt; von seinen Complicen wurde Jan Łepicki wegen Betheiligung und Hilfeleistung bei der Unterbringung der geraubten Sachen zu einem Jahr schweren und die Marie Dybyszewska ebendeswegen zu vier Monaten einfachen Kerkers verurtheilt. Bachowski hat an die Gnade des Kaisers appellirt.

— **Ernennung.** Der Diakonus und Schul-Inspektor Vater in Meseritz, der Begründer der dortigen höheren Töchterschule, früher Gymnasiallehrer in Landsberg, ist zum ersten Lehrer an dem Schullehrer-Seminar in Bromberg ernannt worden.

— **Ein Abonnement** auf freie Kur und Verpflegung erkrankter Dienstboten und Lehrlinge im städtischen Krankenhause findet, wie alljährlich, auch für das nächste Jahr statt. Der im Voraus zu erlegende Abonnementsbeitrag für das ganze Jahr beträgt 20 Sgr. und ist derselbe, wenn das Abonnement schon vom 1. Januar k. J. ab Gültigkeit haben soll, 14 Tage zuvor zu entrichten. Die Anmeldung zur Theilnahme erfolgt im Armenbureau des Magistrats (im zweiten Stockwerk des Rathhauses), wo eine Liste der Abonnenten geführt und gegen Bezahlung des Betrages der Abonnementsschein ausgehändigt wird. Tritt an Stelle des Dienstboten, für welchen abonnirt worden ist, ein anderer Dienstbote, so ist dies durch den Polizeikommissarius des Reviers auf dem Abonnementsscheine zu attestiren, und hat alsdann das Abonnement für den neu eingetretenen Dienstboten Gültigkeit.

— **Deutsche Zeitungen in Warschau.** Dem „Dziennik Warszawski" zufolge werden in Warschau eifrig die deutschen Zeitungen gelesen und liegen in großer Anzahl in den Kaffeehäusern und Restaurationen aus. Im laufenden Quartal beträgt die Zahl der Abonnenten auf deutsche Zeitungen in Warschau 1554, davon entfallen auf die „Schlesische Zeitung" am meisten — 403; auf den „Kladderadatsch" 332. Französische Zeitungen werden spärlich in Warschau gelesen. Die „Independance belge" hat daselbst 168 Abonnenten.

Wissenschaft, Kunst und Literatur.

* Die Störungen, welche in der letzten Zeit auf unserer Erde in Gestalt von Erdbeben, Stürmen, Ueberschwemmungen 2c. geherrscht haben, scheinen über das ganze Sonnensystem ausgebreitet zu sein. Nach Aussage von Astronomen hat in letzter Zeit eine fürchterliche Eruption auf der Sonne stattgefunden. Eine ungeheure Protuberanz, welche Dank der wunderbaren Hilfsmittel unserer modernen Wissenschaft als aus Wasserstoffgas bestehend, erklärt werden konnte, stieg mit ungeheurer Schnelligkeit am Sonnenkörper bis zu einer Höhe von 5000 Meilen über die Lichtsphäre empor. Eine halbe Stunde später wurde die ganze Masse durch irgend einen unbemerkbaren von unten erfolgten Stoß in lauter kleine Fetzen zerrissen, und 10 Minuten später war die Sonnenfläche bis zu einer Höhe von 60,000 Meilen mit solchen fliegenden Stücken angefüllt. In ein vollkommenes Nichts sinken die Eruptionen auf unserer Erde dieser gewaltigen Erscheinung gegenüber, zurück. Eine offene Frage aber ist es, ob nicht unsere Atmosphäre von diesem Phänomen berührt worden ist. Es ist eine längst bekannte Thatsache, daß selbst ein Sonnenflecken von mehr als gewöhnlicher Ausdehnung die Magnetnadel in den Observatorien zu erregen im Stande ist. Es könnte leicht möglich sein, daß das ungewöhnlich häufige Auftreten der magnetischen Stürme, die wir allgemein unter dem Namen „Aurora Borealis" bezeichnen, diesen gewaltigen Umwälzungen auf der Sonne zuzuschreiben sind. Die „Aurora Borealis" ist so innig mit dem Magnetismus der Erde und des Himmels verwandt, daß das Zentrum der Krone des Nordlichtes stets in dem Punkte des Himmels sich vorfindet, welcher der Verlängerung einer freischwebenden Magnetnadel entspricht. Bei einer solchen engen Beziehung zwischen dem Magnetismus der Erde, des Himmels und der Sonne selbst scheint es fast unmöglich zu sein, daß eine so ungeheure Konvulsion auf der letzteren stattfinden könne, ohne die erstere zu berühren.

* **Die Tochter Schiller's**, Emilie Freifrau v. Gleichen-Rußwurm, hat der brünner Schiller-Bibliothek, ein Autograph des Dichters in einem Briefe an seine Frau („An Frau Hofräthin Schiller in Weimar" schreibt der Dichter auf dem Couvert) sammt Schiller's Siegel, Minerva darstellend, gesendet. In ihrem Schreiben an den Vorstand der brünner Schillerstiftung spricht Freifrau v. Gleichen-Rußwurm ihre Freude darüber aus, „daß man in Mähren dieses Andenken des geliebten Dichters heilig aufbewahren wird".

* **Frau Ristori** wird mit ihrer italienischen Gesellschaft, nachdem ihr Gastspiel im königl. Schauspielhause in Berlin beendet ist, noch eine weitere Kunstreise machen und unter andern auch im Hof-Theater zu Weimar gastiren. Die Künstlerin gedenkt sich nach Abschluß ihrer diesmaligen Bühnen-Runde ganz vom Theater zurückzuziehen, dem sie seit früher Jugend angehört.

Staats- und Volkswirthschaft.

* **Lissabon**, 12. Dezbr. Nach Berichten aus Rio de Janeiro vom 22. Novbr. (pr. Dampfer „Douro") betrugen seit letzter Post die Abladungen von Kaffee nach dem Kanal und der Elbe 12,800, nach Havre, englischen Häfen, Belgien, Holland und Bremen 5500, nach Gibraltar und dem Mittelmeer 3700, nach Nordamerika 78,700 Sack. Vorrath 100,000, tägliche Durchschnittszufuhr 5800 Sack. Preis für good first 8400 à 8600 Reis. Cours auf London 24¼ à 24⅜ d. Fracht nach dem Kanal 50 sh. Abladungen von Santos nach Nord-Europa 17,100, nach Süd-Europa 7800 Sack.

Vermischtes.

Breslau, 10. Dez. [Schneetreiben. Asyl für Obdachlose. Wohlthätigkeits-Konzerte. Rainersche Tyroler-Sänger-Gesellschaft. Zwei Amts-Jubiläen. Epidemien. Volkszählung. Aus Reichenbach.] Durch das Schneetreiben der letzten Tage ist der Verkehr, sowohl von der Provinz aus als in der Stadt selbst, außerordentlich erschwert. Die Eisenbahnzüge verspäten sich und versäumen die Anschlüsse und die Posten bleiben theilweis ganz aus. Droschken und Omnibusse in der inneren Stadt sind durchweg mit 2 Pferden bespannt und doch nur im Stande sich im Schritt fortzubewegen. Bei diesem harten Auftreten des Winters ist das Bedürfniß eines Asyls für Obdachlose, welches letztere uns hier in Breslau noch immer fehlt, wiederum ganz außerordentlich fühlbar geworden, da die im Armenhause und in dem Polizeigefängniß zur „schmerzhaften Mutter" hierzu bestimmten Räumlichkeiten nichts weniger als ausreichend erscheinen. Außerdem haben diese Lokale für die Obdachsuchenden das Lästige, daß der momentane Aufenthalt in demselben stets mit polizeilichen Recherchen verknüpft ist, welches Viele von der Benutzung derselben abhält. Um diesem Uebelstande baldige Abhilfe zu schaffen hat es der Verein „Breslauer Presse" übernommen, eine Vereinigung von Männern herbeizuführen, die ihrem hilfsbedürftigen Mitmenschen freundlich die Hand reichen, um ihn aus augenblicklicher Noth und Gefahr zu retten. Zu diesem Zwecke ist für nächsten Mittwoch Abends 7 Uhr im Sitzungssaale der Stadtverordneten eine Versammlung in Aussicht genommen über deren günstigen Verlauf ich hoffe Ihnen nächstens schon Bericht erstatten zu können. — Zum Besten der hiesigen Suppenanstalten gab die bekannte hiesige humoristische Musikgesellschaft „Brumme I." am Dienstag ein Wohlthätigkeit-Monstre-Konzert, an dem sich mehrere hiesige wohlrenommirte Theater-Persönlichkeiten durch Vorträge von Gesangspiecen 2c. bereitwilligst betheiligt hatten. Der Erfolg war ein überaus günstiger, da der große Springersche Saal bis zum letzten Platze gefüllt war und der Ertrag ein sehr lohnender. — Auch im großen Saale der neuen Börse hat gestern ein Konzert zum Besten einer Einbescheerung für Arme stattgefunden, bei dem verschiedene hiesige musikalische Kapazitäten mitwirkten und welches ebenfalls einen reichlichen Ertrag abgeworfen hat. Bei Besprechung dieser musikalischen Aufführungen will ich auch bald der Konzert-Sänger-Gesellschaft des Herrn Ludwig Rainer aus Tyrol gedenken, welche seit Mittwoch im Hotel Silesie durch ihre vorzüglichen Vorträge wohlverdientes Aufsehen erregt. Schon die Gartenlaube erwähnt in ihrem Jahrgange 1869 der besonderen Leistungen dieser Gesellschaft und muß anerkannt werden, daß der Eindruck, welchen die Vorträge auf den Zuhörer machen ein durchaus günstiger ist und mehrere der Mitglieder auf den Namen von Künstlern mit Recht Anspruch machen können. — Auch zwei Amtsjubiläen hervorragender Persönlichkeiten hiesiger Stadt haben wir für die abgelaufene Woche zu verzeichnen, denn am 7. Dez. feierte der Pastor prim. Gierth an der Haupt- und Pfarrkirche St. Elisabeth sein 50jähriges und am 8. Dez. der Professor Dr. Göppert als Präsident der „Schlesischen Gesellschaft für vaterländische Kultur" sein 25jähriges Jubiläum. Während die erstere Festlichkeit mehr kirchlicher Natur war, vereinigte das Jubiläum Göpperts einen Kreis von Verehrern des Gefeierten aus allen Ständen, die ihm auf jede Art ihre Anhänglichkeit und Hochachtung zu beweisen suchten. — Die Ihnen in meinem letzten Berichte gemeldete, hier herrschende Pocken- und Masern-Epidemie ist leider noch immer im Zunehmen begriffen und ergehen von den öffentlichen Krankenanstalten aus bereits Aufrufe und Bitten an die Bewohner Breslaus um Zusendungen von Charpie und Leinwand, da die vorhandenen Vorräthe aufgebraucht sind. Die Todtenliste der abgelaufenen Woche weist 267 Personen nach, eine Zahl, welche das gewöhnliche wöchentliche Durchschnittsquantum bei normalem Gesundheitszustande um fast 100 übersteigt. Die vorläufigen Feststellungen der Resultate der Volkszählung sollen für unsere Stadt eine Einwohnerzahl von 215,000 ergeben haben, es würde mithin seit 1867 eine Zunahme von 30,000 Seelen stattgefunden haben, von welchen auf die annektirten Ortschaften etwa die Hälfte treffen würden. — In Reichenbach ist leider noch alles beim Alten. Dieser Tage befand sich ein Abgesandter des hiesigen Konsistoriums daselbst und wollte eine auf dem Ringe haltende Droschke zur Fahrt nach dem Bahnhofe benutzen. Der Droschkenkutscher jedoch, dem die Würde des Fahrgastes bekannt geworden war, lehnte die Tour mit den Worten ab: „Ne, Sie fahre ich nich."

Verantwortlicher Redakteur Dr. jur Wasner in Posen

Dank.

Die Wirksamkeit der Herren
Zähler

bei der diesjährigen Volkszählung ist beendet. Es ist uns Bedürfniß, denselben für ihre entgegenkommende Bereitwilligkeit, für ihren rastlosen Eifer, für ihre oft auf Proben gestellte Ausdauer hiermit unseren aufrichtigsten Dank auszusprechen. Möge ein jeder dieser Herren den Lohn für die großen Mühen und Opfer in dem Bewußtsein suchen und finden, daß er durch seine Thätigkeit einen unentbehrlichen Baustein zu einem Werke von eminenter Bedeutung geliefert hat.

Posen, den 12. Dezember 1871.

Die städtische Zählungs-Kommission.
Herse.

Handels-Register.

Die dem Geschäftsführer **Otto Hoppe** zu Posen für die Handels-Gesellschaft Firma **A. & F. Zeuschner** zu Posen — Nr. 101 des Gesellschafts-Registers — ertheilte und in unserem Procuren-Register unter Nr. **91** eingetragene Procura ist erloschen.

Posen, den 8. Dezember 1871.

Königliches Kreisgericht.
Erste Abtheilung.

Bekanntmachung.

Im Hypothekenbuche des im hiesigen Kreise belegenen Ritterguts Sickierki steht für die Frau Rittergutsbesitzer **Emilie Knape** geb. Jahn in Sickierki eine Illatenforderung von 30,000 Thlr. eingetragen.

Die Forderung, über welche ein Dokument gebildet ist, ist in der Prozeßsache des Kaufmanns Hugo Gerstel zu Posen wider den Rittergutsbesitzer Ludwig Knape zu Sickierki in Höhe der klägerischen Forderung von 5000 Thlr. mit Arrest belegt; der Arrest hat jedoch auf dem Dokumente nicht vermerkt werden können, da dasselbe irrthümlich an den Verklagten verabfolgt worden ist.

Es wird daher Jedermann bei etwaigem Erwerb der Forderung auf oben beregte Arrestlegung aufmerksam gemacht und aufgefordert, das Dokument dem hiesigen Gerichte einzusenden.

Schroda, den 2. Dezember 1871.

Königl. Kreisgericht.
1. Abtheilung.

Bekanntmachung.

Es ist eingetragen

A. in unser Firmenregister sub. Nr. 120 und 147 die in Pinne unter der Firma **N. L. Szamotulski** bestehende Handlung ist unter derselben Firma auf die Wittwe Lina Szamotulska geb. Salinger zu Pinne, durch Erbgang übergegangen,

B. in unser Prokuren-Register sub Nr. 14 **Adolf Szamotulski** als Prokurist der Wittwe Lina Szamotulska geb. Salinger zu Pinne für das, von der Letzteren in Pinne unter der Firma N. L. Szamotulski, — die im Firmenregister sub. Nr. 147 eingetragen ist, betriebene Handelsgeschäft.

Alles dies zufolge Verfügung vom 8 Dezember 1871, am 9. Dezember 1871.

Samter, den 9. Dezember 1871.

Königliches Kreisgericht. I.

Bekanntmachung.

Für das Jahr 1872 werden wir den Königl. Staats-Anzeiger, die Berliner Börsen-Zeitung und die **deutsche Posener Zeitung** zur Veröffentlichung der die Eintragungen in unsere Handels- und Genossenschafts-Register betreffenden Nachrichten benutzen. Die auf die Führung dieser Register sich beziehenden Geschäfte wird im Jahre 1872 beim hiesigen Gerichte der Herr Kreisgerichtsrath v. Twardowski unter Mitwirkung des Kreisgerichts-Sekretärs Czaplicki, bearbeiten.

Samter, den 8. Dezember 1871.

Königl. Kreisgericht.
Erste Abtheilung.

Nothwendiger Verkauf.

Das in dem Großherzogthum Posen im Wreschener Kreise belegene, im Hypothekenbuche des Wreschener Kreises Vol. 36 Pag. 420 seqq. eingetragene, dem Gutsbesitzer **Stanislaus von Laszczyński** gehörige adelige Rittergut **Gradowo** nebst dem dazu gehörigen Vorwerke **Krzywagóra**, welches mit einem Flächen-Inhalte von 854 Hektaren 32 Aren 20 Quadratstab der Grundsteuer unterliegt und mit einem Grundsteuer-Reinertrage von 3054 Thlr. 17 Sgr. 4,8 Pf. und zur Gebäudesteuer mit einem Nutzungswerthe von 420 Thlr. veranlagt ist, soll im Wege der nothwendigen Subhastation am

Sonnabend
den 10. Februar k. J.,
Nachmittags um 3 Uhr

im Lokale des unterzeichneten Gerichts versteigert werden.

Wreschen, den 7. Novbr. 1871.

Königliches Kreisgericht.
Der Subhastationsrichter.

Bekanntmachung.

In unser Firmenregister ist sub Nr. 148 der Kaufmann **Carl Grüneberg** aus Obrzycko mit der Firma **G. F. Grüneberg** und Obrzycko als Ort der Niederlassung zufolge Verfügung vom 8. Dezember 1871 am 9. Dezember 1871 eingetragen.

Samter den 9. Dezember 1871.

Königl. Kreisgericht. I.

Beschluß.

Der Konkurs über den Nachlaß des hierselbst verstorbenen Kaufmanns **Anton Lanowski** ist durch Ausschüttung der Masse beendet.

Schroda, den 2. Dezember 1871.

Königliches Kreisgericht.
I. Abtheilung.

Auktion.

Freitag den 15. December Vormittags von 9 Uhr ab werde ich im **Auktionslokal Magazinstraße Nr. 1** für Rechnung eines holländischen Hauses eine Partie **holländischer Blumenzwiebeln** als **Hyacinthen, Tulpen, Crocus** 2c., demnächst **Kleidungsstücke, Stoffe Hemden, Seelenwärmer, Stiefel, Schuhe** 2c. öffentlich meistbietend versteigern.

Rychlewski,
Kgl. Auktions-Kommissarius.

Ein in einer Provinzial-Stadt hart an der Posen-Tirschtiegler Chaussee und auf dem Viehmarkte belegener, ganz massiver Gasthof mit 11 Zimmern, Keller, Garten und Kegelbahn, Stallung für 16 Pferde und einem zweiten massiven Wohnhause ist unter günstigen Bedingungen sofort zu verkaufen. Nähere Auskunft ertheilt der Gastwirth

Hildebrandt
in Neustadt bei Pinne.

Syphilis, Gonorrhoe, Weißfluß, Pollutionen und **Schwächezustände** werden in 3—5 Tagen in meiner **Poly-Klinik** gründlich beseitigt.

Ausw. briefl. Spezial-Arzt **Helmsen** in **Braunschweig**. Schon über 5000 geheilt.

Syphilis, Geschlechts- u Hautkrankheit. heilt brieflich, gründl. u. schnell **Specialarzt Dr. Meyer**, Kgl. Oberarzt, **Berlin**, Leipzigerstr. 91.

Geschlechts- Haut- und Nervenkranke (**Bettnässen**, Zuckerharnruhr, Rückenmarksleiden, Impotenz) heilt auch brieflich gründlich und schnell der Specialarzt Dr. med. ***Cronfeld***, Berlin, Carlstr. 22.

Mein Pelzwaaren- und Mützen-Lager befindet sich

70. Neue Straße 70.
1. Etage,
gegenüber meinem früheren Geschäfte.
A. Katz.

Die **unentgeldliche und regelmäßige** Räumung von Latrinengruben übernimmt **kontraktmäßig auf das ganze Jahr, das Dominium Solacz.** Darauf bezügliche Offerten werden möglichst bald erbeten.

Wiatrowo bei Wongrowiec hat rothbüchene 2-jährige trockene Bohlen, $3^1/_4$" stark, 15" breit, zu verkaufen. Ablieferung Posen od. Gnesen.



In **Lowencin** bei Schwersenz stehen diverse **Acker-, Wagen-** und **Reitpferde** zum Verkauf.

A. Opitz.

Der Bockverkauf

in der **Negretti** Vollblut-Stamm-Schäferei zu **Chludowo**, hat am **1. Dezember** begonnen.

W. v. Treskow.

Schlesische Leinen-Industrie-Actien-Gesellschaft

vormals
C. G. Kramsta & Söhne.

Wir bringen hiermit zur öffentlichen Kenntniß, daß die **Zusagescheine** auf **vollgezahlte Actien**, welche bei uns gezeichnet sind, nach Maßgabe der veröffentlichten Reduction gegen Zahlung des betreffenden Betrages in Empfang genommen werden können und zwar **bis spätestens den 20. d. M.**

Bniński Chłapowski Plater & Co.



20 Stück!

Zwanzig fette Mastochsen stehen zum Verkauf auf dem Dom. **Mikuszewo** b. Miloslaw.

Absatzkälber

Auf dem Dom. **Gołęcin** bei Posen stehen Original-Holländ. Absatzkälber z. Verk. pro Pfd. lebend Gew. 4 Sgr.

Preußische Boden-Credit-Aktien-Bank in Berlin.

Die am 2. Januar 1872 fälligen Coupons der **5prozentigen Hypothekenbriefe — erste pupillarische sichere Hypothek, 10 pCt. Amortisationsentschädigung**

werden eingelöst

vom 15. Dezember c. ab.

Posen bei Herrn **R. Seegall.**
Bromberg bei Herrn **M. Levy.**
„ „ „ **H. B. Maladinsky & Co.**
Breslau „ „ **Oppenheim & Schweitzer.**

Hiermit erlaube ich mir die ergebene Mittheilung zu machen, daß ich mein

Kupfer- und Messingwaaren-Lager

von der Großen Gerberstraße No. 10 in das neue Fabrikgebäude verlegt habe, und daß von jetzt ab alle meine Geschäfte im Comptoir dieses neuen Gebäudes, **St. Martin No 72**, erledigt werden.

J. Krysiewicz.

Aachener und Münchener Feuer-Versicherungs-Gesellschaft.

Grundkapital	3,000,000 Thlr.	—	Sgr.
Prämien- und Zinseneinnahme für 1870 (excl. der Prämien für spätere Jahre)	1,829,415 „	8	„
Prämien-Reserven	2,946,249 „	12	„
	7,775,664 Thlr.	20	Sgr.
Versicherungen in Kraft am Schlusse des Jahres 1870. . . .	1,095,374,504 „	—	„

Mit Bezug auf obigen Geschäftsstand der Gesellschaft halte ich mich zur Vermittelung von Versicherungen bestens empfohlen. Nähere Auskunft ertheile ich mit Vergnügen und bin auch gern bei Aufnahme von Anträgen behilflich.

Pinne, den 5. Dezember 1871.

(gez.) **Leopold Lippmann, Kaufmann,**
Agent der Aachener und Münchener Feuer-Versicherungs-Gesellschaft.

Basel Bern Berlin Breslau Chemnitz Dresden Frankfurt a. M. St. Gallen Genf Hamburg

Inserate in sämmtliche hiesige und auswärtige Zeitungen, Fachblätter, Coursbücher, Kalender etc. zu den festen Tarifpreisen.

Haasenstein & Vogler,
Annoncen-Expedition.

Gewährung aller zulässigen Vergünstigungen. Auskunftsertheilung sowohl als Annahme v. Offertbriefen gratis.

Zürich Wien Stuttgart Prag Nürnberg München Metz Lübeck Leipzig Lausanne Köln Halle

Mit dem heutigen Tage eröffnen wir in **Buk** die **Agentur** unseres Kommissions-Geschäfts und haben dieselbe dem

Herrn **Ignatz Małecki**

dort übertragen

Bank für Landwirthschaft u. Industrie
Kwilecki, Potocki & Co.



Alex. Kapler,



Bergstraße 15,

empfiehlt sein Lager von **Herren-** und **Damen-Stiefeln** nach neuester **Berliner Mode**. — Wasserstiefeln von echt **Petersburger Juchten**, sowie auch von anderen Ledern in vorzüglicher Gattung vorhanden. Bestellungen jeder Art werden billigst und gut ausgeführt.

Weihnachts-Ausstellung von Puppen

in den verschiedensten Sorten; auch werden auf Bestellung **Puppenanzüge** angefertigt bei

E. Lanz,
Wilhelmsstraße 17, vis-à-vis Hôtel de France.

Geschäftseröffnung.

Unterm 7. Dezember c. habe ich am hiesigen Platze ein

Droguen-, Apothekerwaaren- und Farbengeschäft

errichtet. Indem ich dies zur geneigten Kenntnißnahme eines hohen Publikums bringe, werde ich das in mich gesetzte Vertrauen in jeder Weise zu rechtfertigen suchen.

Posen, den 8. Dezember 1871.

Hochachtend
Roman Barcikowski,
Apotheker und Droguist.
5. Neuestraße 5.

Gas- und Licht-Kronen und Wandleuchter

im neusten Geschmack und in den reichsten Ausführungen empfehlen zu billigen Preisen

S. Kronthal & Söhne,
Markt 56.

Zum Weihnachtsfeste

empfehle ich mein Lager von **echten Havanna, Bremer und Hamburger Cigarren, Cigaretten und türk. Tabake**, sowie auch **echte Wiener Meerschaumspitzen.**

Carl Warschauer,
Friedrichsstraße 33a (Tilsner's Hotel) vis à vis der alten Landschaft.

Nähmaschinen-Offerte!

Zum bevorstehenden Feste empfehle mein assortirtes Lager von **Nähmaschinen** sämmtlicher **Systeme** zu den annoncirten **Berliner** Preisen unter mehrjähriger Garantie. Die Erlernung findet gratis statt. — Mein Nähmaschinen-Salon ist zur Besichtigung jeder Zeit geöffnet.

Emil Mattheus,
Breslauerstraße 37, 1 Treppe.

Giesmansdorfer Presshefe

von bekannter triebkräftiger Qualität, täglich frisch, offerirt die **Fabrikniederlage in Posen, Schloßstraße 2.**



Der Bockverkauf der Original = Negretti = Stammschäferei
Owinsk
hat begonnen.
Owinsk, im Dezbr. 1871.

Corsetts
in größter Auswahl, zu den billigsten Preisen empfiehlt
F. Hampel,
Breitestr. 18b.

Damen-Tuchkleider
(Velour) in den schönsten modernen Farben versende die Robe von 5½ Thlr. an. Farbenmuster franco!
R. Rawetzky,
Sommerfeld i. L.

Als
Weihnachts=Geschenke
empfehlen wir
Blumentische,
Bücher-Etagèren,
Cigarrenspinde,
Clavir-Sessel,
Eck-Etagèren,
Kinder-Möbel,
Klapp-Fauteuils,
Lehnstühle,
Nähtische,
Noten-Etagèren,
Ofen-Schirme,
Schaukelstühle,
Schirmständer,
Schlüssel-Spinde,
Stiefelzieher,
Thee-Tische,
Toilettenspiegel,
Violin-Ständer,
Wein-Schränke etc.
S. Kronthal & Söhne,
Markt Nr. **56.**

Schlitten=Verkauf.
Ein guter **Schlitten** ist billig zu verkaufen. Näheres bei
E. Drange, Friedrichstr. 19.

Un tableau, Venus, peint par Berton, a vendre au bureau de Tabac, Bazar.

Talmigold.
Hals- und Westenketten in 100 verschiedenen Mustern, den ächten goldenen ganz ähnlich, von 1 bis 5 Thlr. pro Stück mit 10 Jahr Garantie bei
M. Traugott,
43 Zeughausmarkt, Hamburg.
Aufträge gegen Postvorschuß werden zollfrei effektuirt.

Eine vollständige fast ganz neue
Brennerei-Einrichtung
für 2000 Quart Maischraum, mit einer 6pferdkräftigen Dampfmaschine und dazu gehörigen Dampfkessel, sowie Malz- und Kartoffelquetsche und Wäsche, nebst erforderlichem Bottiche von Gebrüder Sachsenberg in Roßlau gebaut, offeriren billigst
Gebrüder Schweitzer,
Berlin,
Alexanderstraße Nr. 25.

Soeben erschien und ist durch **Ernst Rehfeld,**
Wilhelmsplatz 1 (Hôtel de Rome), zu beziehen:
Hausgarten.
Sammlung von Citaten und Gedichten
über
das Leben der Frau
von **Elise Polko.**
Mit Titelblatt in Farbendruck. Preis in Callico geb. 3½ Thlr.
(Verlag von ***Paul Frohberg*** in Leipzig.)

Verlag von **Albert Koch** in **Stuttgart** Durch alle Buchhandlungen zu beziehen. In Posen
Ernst Rehfeld, Wilhelmspl. 1, (Hotel de Rome.)
Jugend=Album. Blätter zur angenehmen und lehrreichen Unterhaltung im häuslichen Kreise. Zwanzigster Jahrgang 1871. Neue Folge III. Bd. Mit prachtvollen schwarzen und kolorirten Bildern in Prachtband gebunden. — 2 Thlr. — Eine der schönsten und gediegensten Jugendschriften. Ein Album für die Jugend im wahrsten Sinne des Worts.



A. **Was kostet von 1872 an 1 Meter,** wenn die Elle 2 Sgr. kostet?
Was kostet 1 Liter, wenn das Quart 5 Sgr. kostet?
Was kostet 1 Kubikmeter, wenn die Klafter 3 Thaler kostet?
B. **Kauf** Dir bei ***Louis Türk,*** **Wilhelmsplatz Nr. 4,** Schmidt's **Rechenknecht** oder 15 Tabellen über d. neuen Maaße u. d. Gew. **Preis** 5 Sgr., franko 5½ Sgr., größere Ausgabe 7½ Sgr., fr. 8 Sgr., und fort ist das Schreckgespenst der neuen Maaße und Gewichte.

König Wilhelm's
Soldaten.
Prachtbilderwerk für Deutschlands Knaben.
Mit poetischem Text. Preis 1⅔ Thlr.
Hält vorräthig und versendet **Ernst Rehfeld,**
Wilhelmsplatz 1 (Hôtel de Rome).

In unserem Verlage sind soeben erschienen:
Kalendarz polski i gospodarski
dla Wielkiego Księstwa Poznańskiego na rok Pański 1872 z rycinami. Tuzin 2 tal. 25 sgr., pojedyńczo 10 sgr.
Kalendarz ten zawiera, prócz astronom. i kościelnego,
Wykład nowych miar i wag
wraz z nauką ułamków dziesiętnych i osobną tablicą wizerunków tych **miar i wag** w naturalnéj ich wielkości.
Comptoir=Kalender auf das Jahr 1872. Preis 2½ Sgr.
Posen, Oktober 1871.
Hofbuchdruckerei von W. Decker & Co.
(E. Röstel).



Allen **Gicht- u. Rheumatismus-Leidenden** werden die seit **vielen Jahren bekannten** und **bewährten Lairitz'schen Waldwoll-Waaren** empfohlen.
Alleinige Niederlage:
Eugen Werner,
Wilhelmsstraße 13.
H. Kirsten Wwe.,
Bergstraße 14.

Ein ganz neuer **Handwagen** ist zu verk. St. Martin Nr. 78 im Laden

Dr. Vardy's Inject. Fl. 20 Sgr. heilt schnell u. sicher jed. **Ausfluß** der **Harnorgane**. Aerztl. Institut Direktor **W. Mix**, Berlin, Schleuse 4.

Schlesische=Gebirgs=Aepfel=Backobst
Pflaumenmuß und Wallnüsse, empfiehlt
A. Lange,
Gr. Ritterstr. Nr. 3.
gegenüber des Herrn Zahnarzt Mallachow.

Frische Hasen
empfiehlt zu billigen Preisen
Eduard Stiller,
Sapiehaplatz 6.

Gebr. Miethe
aus Potsdam
empfehlen ihr reichhaltiges Lager von **Pfefferkuchen, Schaum- und Baum-Confituren, Chokoladen etc.,** Alles zu soliden Preisen
Posen, Sapiehaplatz 1.

Sämmtliche Geschäftsräume die das Speditionsgeschäft M. S. Auerbach im Falk Fabian'schen Hause am Sapiehaplatz
jetzt inne hat, sind **vom 1. April** ab zu vermiethen. Nähere Auskunft ertheilt **L. Merzbach,** Wilhelmsplatz 8 und **Falk Peiser,** Kanonenplatz 5.

Die Schletter'sche
Buchhandlung
(**H. Skutsch.**)
in **Breslau, Schweidnitzerstraße 16/18,**
liefert auch für die diesjährige Weihnachtszeit (wie seit 37 Jahren) in folgenden neuen Zusammenstellungen die
billigsten Jugendschriften
Erste Bibliothek
für Kinder von 3—9 Jahren, bestehend aus 8 Bilderbüchern und Jugendschriften, (deren Ladenpreis 4 Thlr.), **zum ermäßigten Preise von 1 Thlr.!** Darunter: das große komische Bilderbuch von Reinhardt, **Auswanderer-Spiegel**", ein „**Silhouetten-Bilderbuch** von R. Fröhlich", ferner Erzählungen, Märchen, Gedichte, Kinderlieder u. s. w.
Zweite Bibliothek
für die Jugend von 10 bis 15 Jahren, bestehend aus 12 Bänden werthvoller Jugendschriften, mit fein color. Bildern oder Holzschnitten (deren Ladenpreis 9 Thlr.) **zum ermäßigten Preise von 2 Thlrn.!** Darunter: Band 3 des Prachtwerks „**Die Kinderlaube**" mit 117 Illustr. und 4 color. Kunstblättern. — **Wiedemann Kriegs-Scenen** a. d. Jahre 1870 **m.** 8 Bildern in Oelfarbendruck. — Ein **Düsseldorfer Pracht-Bilderwerk** m. 8 col. Tafeln. — **Land u. Leute,** Reisen u. s. w., ferner Erzählungen, Märchen, Sagen u. s. w. von den beliebtesten Schriftstellern. —
Die Kinderlaube Illustr. Jugendzeitung. Anerkannt beste und schönste Jugendschrift; jeder Band mit mehr als 100 Illustrationen und 4 color. Kunstblättern, Quart-Format, gebunden. **Band 1,** (statt 24 Sgr.) **nur 15 Sg.** — **Band 2—5,** einzeln jeder Band (statt 1½ Thlr.) **nur 25 Sgr.** — Alle 5 Bände zusammen genommen (statt 6⅘ Thlr. **nur 3 Thlr.** — **Der Gnom.** Ernst, Scherz und sinnige Spiele. Herausgegeben von Hübner-Trams. 3 Jahrgänge, 1862, 1863, 1864. Jeder mit 8 eleg. Farbendruckbildern v. A. Haun. In eleg. Hlblnbd. mit Goldpressung. Alle 3 Bände (statt 4½ Thlr.) für **nur 2 Thlr.** — **Kinder-Conversations-Lexikon.** 3 Bände, sauber gebunden **1 Thlr.** — **Freya,** Illustrirte Blätter für die gebildete Welt. Mit vielen color. und schwarzen Bildern. In Prachtband. Jahrgang 1866 1867, (jeder anstatt 3½ Thlr.) 1½ **Thlr.**
Es werden nur tadellose vollständige Exemplare geliefert. Jedes einzelne Buch bildet ein für sich vollständiges Werk, die Sammlungen eignen sich daher auch zur Vertheilung an mehrere Kinder. Briefe und Gelder werden franco erbeten. Bestellungen mit Post-Anweisungen werden umgehend ausgeführt.

Billige Weihnachtsgeschenke!
Manchetten u. Kragen von 2½ Sgr. an,
Broches und Ohrringe von 2½ Sgr. an,
woll. Frauenstrümpfe von 10 Sgr. an,
Moiree = Schürzen von 10 Sgr. an,
Damenhandschuhe von 7½ Sgr. an,
Kopftücher von 5 Sgr. an,
Kopfshawls, Baschlicks
um vor dem Feste zu räumen zu billigen Preisen bei
Wilh. Neuländer,
Markt 60,
Ecke der Breslauer Straße.

Messinaer Apfelsinen und Citronen billigst
Eduard Stiller,
Sapiehaplatz 6.

Holst. Austern
empfiehlt
A. Kunkel jun.

Fische Leb. Hechte, Zander und Barse, Donnerstag Ab. 4 Uhr billigst bei **L. Kletschoff,** Krämerstr. 1. Bestellungen auf Fische zu den Feiertagen werden prompt und billigst effektuirt.
Kletschoff.

Als Weihnachtsgeschenke
empfehlen
Cölner Dombau-Loose
à 1 Thlr.
Ziehung am 11. Januar 1872.
Hauptgewinn 25,000 Thlr.
Exped. der Posener Zeitung.

Champagner-, Ungar-, Rhein- u. Roth- | **Weine**
empfiehlt billigst
A. Kunkel jun.

Prachtvolle Ausstellung
in verschiedensten Zucker=Figuren, Baum= und Tafel=Confituren, Bonbonièren und Knallbonbons, allen Sorten Pfefferkuchen und Marzipan ꝛc. ꝛc. zu billigen Preisen bei
M. Vogelsdorff,
Markt 40, vis-à-vis dem Rathhaus=Eingang.

Tief eingewurzelter Rachen=Katarrh!
Herrn **L. W. Egers,** Fenchelhonigextract-Fabrik in Breslau.
Hohenfeld, bei Kitzingen (Baiern), 2. October 1871.
Da mir Ihr Fenchelhonigextract, den Sie mir freundlichst zuschickten, gegen meinen leider schon tief eingewurzelten Rachenkatarrh bis jetzt ersprießliche Dienste geleistet hat, so ersuche ich Sie, mir baldigst 3 große Flaschen gegen Postvorschuß zu schicken. Hochachtungsvoll Ihr ergebener
Spranger, Pfarrverweser.

Der weltbekannte **L. W. Egers'sche** Fenchelhonigextract wird leider vielfach von Industrie-Rittern nachgepfuscht, so daß das Publikum in seinem eigenen Interesse beim Ankauf sehr vorsichtig sein und darauf achten muß, daß jede Flasche Siegel, Facsimile, sowie im Glase eingebrannt die Firma „**L. W. Egers in Breslau**" trägt und daß derselbe nur allein echt zu haben ist bei **Amalie Wuttke** in Posen, Wasserstraße Nr. 8/9; **S. G. Schubert** in Lissa; **M. Hasse** in Schmiegel; **Rudolph Kietzmann** in Gnesen.

Citronen=Essenz.
Diese **nur aus der Citrone** dargestellte Essenz enthält deren Säure und Aroma. Sie ersetzt bei ihrer Verwendung zu Getränken und Speisen **den frisch gepreßten Citronensaft** vollkommen und ist **erheblich wohlfeiler** als letzterer. Dem Verderben ist die Essenz nicht ausgesetzt.
Vorräthig in Flaschen zu 10 und 20 Sgr. in der Apotheke von
Gustav Reimann
an der Wallischeibrücke zu Posen.



Petroleumlampen
von **C. H. Stobwasser & Co.** erhielt in reichster Auswahl u. empfiehlt namentlich **Arbeitslampen** als practisch.
Posen, Friedrichstr. 33. **H. Klug.**
Petroleum, unverfälscht, à Quart 5 Sgr., ebenso Dochte und Cylinder. Reparaturen und Aenderungen werden prompt bewirkt.

Den ersten wirklich frischen
Astrach. Perl=Caviar
empfing
Eduard Stiller.
Sapiehaplatz 6.

Frische fette Kieler Goldbutten, sowie vorzügl. Rügenw. Gänsebrüste und Keulen, ebenso frische feinste Hamb. Fleischwaaren empf. in frischer Zusendung **Kletschoff.**

Ein gut erhaltenes **Sopha** nebst **Tisch** stehen zum Verkauf Gr. Gerberstraße 41, im Hof, eine Treppe.

Ein alter, aber noch gut erhaltener **Flügel** wird zu kaufen gesucht.
Offerten werden in der Expedition dieser Zeitung erbeten.

Englische Baum=Biscuits
empfiehlt
Eduard Stiller,
Sapiehaplatz 6.

Büttelstr. 18.
ist in der 2. Etage eine Wohnung von 4 Zimmern nebst Zubehör u. Wasserleitung vom 1. April 1872 für 240 Thlr. zu vermiethen. Näheres Schuhmacher-Straße Nr. 16.

Die Mitglieder des Bromberger Vereins zur Unterstützung von Landwirthschafts-Beamten werden aufgefordert, die pro 1870 und 71 noch rückständigen Beiträge an den Unterzeichneten einzuschicken. Diejenigen Herren, deren rückständige Beiträge bis zum 1. Februar k. J. nicht eingegangen sind, werden als aus dem Verein geschieden betrachtet und ihre Namen in dem Mitglieder-Verzeichniß gestrichen werden.
Inowraclaw, den 10. Dez. 1871
Der Vorstand der Kreis-Vereins Inowraclaw.
A. Noebel.

Baumlichte
in Wachs und Paraffin,
Wachsstöcke,
gelb, weiß und decorirt, in größter Auswahl und zu billigsten Preisen bei
Eduard Stiller.
Sapiehaplatz 6.

Ein Pferd,
Rappe, 5 J. alt, 6" hoch, fehlerfrei, sofort zu verkaufen. Zu erfragen Mylius Hotel beim Portier, von 2 bis 3 Uhr Nachmittags.

Bäckerstr. 3 im Keller ist Logis zu v.

Für eine renommirte **Hagel-Versicherungsgesellschaft werden geeignete Persönlichkeiten** in der Provinz Posen als Agenten gesucht. Offerten sind **sub. R. L.** an die Annoncen-Expedition von **Kaufmann & Palme** in Posen einzureichen.

Agenten
für inländische sehr beliebte **Lebens- und Feuer-Versicherungs Gesellschaften** werden in den Städten sowie auf dem Lande der Provinz Posen gesucht. Offerten sub N. Z. 110 nimmt die Annoncen=Expedition von **Kaufmann & Palme** in Posen entgegen.

Hauslehrer-Gesuch.
Unter günstigen Bedingungen wird ein Hauslehrer für's Land gesucht, welcher sofort oder zum 1. Januar antreten kann. Näheres in d. Buchhandlung des Hrn. ***Türk***. Wilhelmsplatz 4.

Eine erfahrene Wirthin,
die die Küche mit übernimmt und darin perfekt sein muß, der polnischen Sprache mächtig, wird zum 1. Januar 1872 gesucht, Gehalt mit zugesicherter Tantieme 50 Thlr., die auch bis 70 Thlr. und darüber steigt.
Wirth,
Friedrichshof b. Lopienno.

Dom. **Lugowiny** bei Węgierskie sucht zum 1. Januar einen deutschen unverheiratheten, der polnischen Sprache vollständig mächtigen Wirthschaftsbeamten; Gehalt 80—100 Thlr.

Alle Arten Dienstboten empfiehlt
P. Korach,
Hotel de Saxe Nr. 15.

Dringende Bitte.

Es ist durch eine Menge von Operationen und anderen chirurgischen Fällen **im hiesigen Johanniter-Hospital** ein so erheblicher Mangel an alter Leinwand, Charpie und Binden eingetreten, daß ich auf diesem Wege mildthätige Herzen dringend bitte, diese so unumgänglich nothwendigen Verbandstücke dem Hospital unter meiner Adresse oder des Krankenwärters **Fiedler** gütigst zuwenden zu wollen.

Pinne.

Dr. Dames.

Bitte.

Bei dem herannahenden Weihnachts-Feste wenden wir uns vertrauensvoll an die Wohlthäterinnen und Wohlthäter der unserer Verwaltung anvertrauten Waisenmädchen-Anstalt, mit der ergebensten Bitte, unserer Pfleglinge in Liebe gedenken zu wollen. Jede Gabe, die gewährt wird, um unseren armen Waisen eine Festfreude zu bereiten, wird von uns unterzeichneten Vorsteherinnen mit herzlichem Danke entgegengenommen werden.

Zur Freude würde es uns auch gereichen, wenn die geehrten Wohlthäterinnen und Wohlthäter am 1. heiligen Christtage, Montag den 25. d. Mts. Nachmittags 5 Uhr, bei Vertheilung der Geschenke die Waisenmädchen-Anstalt in der Neuenstraße mit Ihrer Gegenwart beehren wollten.

Posen, den 13. Dezember 1871.

M. Strödel. E. Berger. M. Bielefeld. A. Giersch. M. Herrmann. Gräfin von Königsmarck. C. Möllenhoff. E. Naumann. C. Tschuschke.

Familien-Nachrichten.

Heute früh 8 Uhr nahm Gott unser herziges Töchterchen **Sophie** im Alter von 1 Jahr 4 Monat von uns. Mit schmerzerfüllten Herzen übergeben wir diese Mittheilung hiermit allen Verwandten und Freunden.

Niepruszewo, d. 12. Dez 1871.

Paul Schindowski.
Anna Schindowski, geb. **Kaskel.**

Am 12. d. M. starb nach langem, schmerzlichen Leiden unser geliebter Vater und Schwiegervater **Ludwig Wolniak.** Die Beerdigung findet Donnerstag, den 14. c., Nachmittags 3 Uhr, von Bäckerstraße 20 aus statt, was wir hiermit allen lieben Freunden und Bekannten, um stille Theilnahme bittend, ergebenst mittheilen.

Joseph Wolniak nebst Frau.

Meine liebe Frau **Emilie** ist heute von einem kräftigen Jungen glücklich entbunden.

Carl Gaebel.

Dobirzyn bei Buk, d. 11. Dec. 1871

Auswärtige Familien-Nachrichten.

Verlobungen. Frl. Clara Stahl in Berlin mit Hrn. Karl Gemper in Jena, Frl. Martha Puschmann in Danzig mit dem Kaufmann Carl Wolff in Berlin, Frl. Marie Giese in Jakobshagen mit dem Pastor Götsch in Brüsewitz, Frl. Jenny Brumme mit dem Prem.-Lieut. Carl v. Madaï in Bernburg.

Verbindungen. Hauptmann C. Corbus mit Frl. Emilie Benekendorff in Freienwalde a. O, Gymnasiallehrer Matthias Besser mit Frln. Natalie Schirlitz in Beveringen b. Pritzwall.

Geburten. Ein Sohn: Hrn. Julius Seidel in Berlin, Hrn. Otto Siebenlist in Berlin, Hrn. H. Calmon in Berlin, dem Regierungsrath H von Böttichor in Berlin, dem G h. Ober-Rechnungsrath v. Zakrzewski in Potsdam, dem Pastor Anz in Naumburg a. S., dem Hauptmann Wilhelmi in Koblenz. Eine Tochter: Hrn. Gustav Seegers in Berlin, dem Major v. Döring in Neisse.

Todesfälle. Frau Geh Kanzlei-Inspektor Ida Gobbin, geb Kaufmann in Berlin, Frau Cäzilie Müller, geb Ruhncke in Berlin, Frau Ida Amalie Mathilde Boti, geb. Rapp in Berlin.

Börsen-Telegramme.

Posener Marktbericht vom 13. Dezbr. 1871.

		Preis.								
		Höchster			Mittlerer			Niedrigster		
		Th.	Sgr	Pf	Th.	Sgr	Pf	Th.	Sgr	Pf
Weizen fein, der Scheffel zu 84 Pfund		3	13	9	3	7	6	3	7	—
„ mittel		3	6	—	3	5	—	3	—	—
„ ordinair		2	27	6	2	25	—	2	22	6
Roggen, fein	80	2	7	6	2	7	—	2	6	—
„ mittel		2	5	—	2	3	9	2	3	—
„ ordinair		2	2	6	2	2	—	2	1	3
Große Gerste	74	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Kleine „		—	—	—	—	—	—	—	—	—
Hafer	50	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Kocherbsen	90	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Futtererbsen		—	—	—	—	—	—	—	—	—
Winter-Rübsen	74	—	—	—	—	—	—	—	—	—
„ Raps		—	—	—	—	—	—	—	—	—
Sommer-Rübsen		—	—	—	—	—	—	—	—	—
„ Raps		—	—	—	—	—	—	—	—	—
Buchweizen	70	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Kartoffeln	100	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Wicken	90	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Lupinen, gelbe	90	—	—	—	—	—	—	—	—	—
„ blaue		—	—	—	—	—	—	—	—	—
Rother Klee, der Centner zu 100 Pfund		—	—	—	—	—	—	—	—	—
Weißer „		—	—	—	—	—	—	—	—	—

Die Markt-Kommission.

Börse zu Posen

am 13. Dezbr. 1871.

[**Amtlicher Bericht.**] **Roggen.** pr. Dezbr. 53½, Dezbr. 1871-Jan. 1872 53, Jan.-Febr. 53, Frühjahr 53.

Spiritus [mit Faß]. pr. Dezbr. 21 1/24—20 23/24, Jan. 1872 21⅓—21 1/12—21, Febr. 21⅓—21 1/12, März 21⅛, April 21¼, Mai 21 5/12.

[**Privatbericht.**] **Wetter:** leichter Frost. **Roggen:** matter. pr. Dezbr. 53½—¼ bz. u. B, Dezbr.-Jan. 53 bz. u. B., Jan.-Febr. do., Frühjahr 53 bz. u. B., April-Mai 53½ G., Mai-Juni 53½ bz. u. G., 53⅔ B., Juni-Juli 54½ G

Spiritus: flau pr. Dezbr. 21 1/24—20 23/24—20⅞ bz. u. G., Jan. 21⅛ 21 1/12—21 bz. u. G, Febr. 21⅛ 1/12 bz. u. G., März 21⅛ bz. u. G., April-Mai 21 5/12—⅓—¼ bz. u G., Mai 21½—5/12 bz. u. B., Juni 21⅝ G., Juli 22 B.

Breslau 12. Dezember. Die Börse eröffnete heute in fester Haltung, die nach dem Eintreffen niedrigerer Wiener Kurse matter wurde, zum Schluß sich jedoch wieder befestigte. Das Geschäft war unbelebt und beschränkte sich hauptsächlich auf den Verkehr in Kredit-Aktien und Lombarden. Oesterr. Kredit-Aktien eröffneten mit 181, gingen auf 180½ und schließen 181 bez., Lombarden von 114½-114-114½ G. In Eisenbahn-Werthen wenig Geschäft. Rumänier matt, pr. ult. 44⅝-44½ bz. Schles. Banken blieben vernachlässigt. Schles. Bank-Verein wurden von 160½-161 bz., Bresl. Diskonto-Bank 142½ bz., Bresl. Wechsler-Bank 122 B., Makler Bank 116 B. Industrie Aktien fest, Wiesner 94 G., Tuchfabrik Förster 114½ bz.

[Schlußkurse]. Oesterreich. Loose 1860 —. do. do. 1864 —. Breslauer Wagenbau Aktien-Gesellschaft —. Laurahütte —. Bresl. Diskontobank 142½ B. Schlesische Bank 160½-161 bz u G. Oesterr. Kredit-Bankaktien 180½ G. Oberschles. Prioritäten 82⅞ etw bz. do. do. 90¾ G. do. Lit. F. 97⅞ B. do. Lit. G. 97 5/12 bz. do. Lit. H. 97¾ G. do. Lit. I. 102 bz u G. Rechte Oder-Ufer-Bahn 104⅛ bz. do. St.-Prioritäten 111¼ B Breslau-Schweidnitz-Freib. 132½ bz. do. do. neue —. Oberschlesische Lit. A. u. C. 211-¼ B. do. Lit. B. —. Amerikaner 97⅞ B. Italienische Anleihe —.

Produkten-Börse.

Berlin, 12 Dezbr. **Wind:** SW. **Barometer:** 28°. **Thermometer:** 7°—. **Witterung:** schön. — **Roggen** wurde anfänglich heute so wenig beachtet, daß mäßige Anerbietungen auf Termine einigen Druck auf die Preise auszuüben vermochten. Später fehlte es aber wieder an Offerten und Preise erholten sich nicht nur vollständig, sondern Dezbr. schließt höher als gestern. — Der Umsatz blieb eng begrenzt. Loko hat sich die mäßige Zufuhr ziemlich bequem verkaufen lassen. Feine Waare ist etwas mehr begehrt. Gekündigt 5000 Ctr. Kündigungspreis 57⅞ Rt pr. 1000 Kilogr. — **Roggenmehl** höher. — **Weizen** ohne wesentliche Aenderung. Nahe Lieferung leidet unter dem Druck der Kündigungen. Gekündigt 24 000 Ctr. Kündigungspreis 79½ Rt. per 1000 Kilgr. — **Hafer** loko preishaltend, Termine still. Gekündigt 2400 Ctr. Kündigungspreis 45½ Rt. per 1000 Kilogr. — **Rüböl** matt, Käufer im Vortheil. Gekündigt 100 Ctr. Kündigungspreis 27⅞ Rt. pr. 100 Kilgr. — **Petroleum.** Gekündigt 1250 Ctr. Kündigungspreis 13⅞ Rt. pr. 100 Kilogr. — **Spiritus** eröffnete flau, gewann aber entschieden feste Haltung im Laufe des Marktes — **Weizen** loko pr. 1000 Kilgr 68—85 Rt nach Qual., bunt poln. 79½—80½ bz., gelb. 79½—80½ bz., gelber per diesen Monat 79½—79 79½ bz., Dez.-Jan. —, April-Mai 80⅞—80½ bz., Mai-Juni 81½—81 bz. — **Roggen** loko pr. 1000 Kilgr. 55—58½ Rt. nach Qual. gef., 56⅞—58¼ bz., per diesen Monat 57½—58 bz., Dez.-Jan. 56⅝—57 bz., Febr.-März —, April-Mai 56½—57—56⅞ bz., Mai-Juni 57½ bz. — **Gerste** loko per 1000 Kilgr. große u. kleine 45—59 Rt. nach Qual. — **Hafer** loko per 1000 Kil. 41—50 Rt nach Qual., per diesen Monat 45½ bz, Jan.-Febr. do., April-Mai 47 B., Juni-Juli 48½ bz. — **Erbsen** pr. 1000 Kilgr. Kochwaare 54—60 Rt. nach Qual., Futterwaare 50—53 Rt. nach Qual. — **Raps** per 1000 Kilgr. 108—120 Rt. — **Rübsen** per 1000 Kilogr. 106—119 Rt. — **Leinöl** loko 100 Kilgr. ohne Faß 26½ Rt. — **Rüböl** pr. 100 Kil. loko ohne Faß 28 Rt., flüssiges 28½ Rt., per diesen Monat 27¾ Rt. bz., Dez.-Jan. do, Jan.-Febr. 27⅞ bz., Febr.-März —, April-Mai 28—27—23/24—28 bz., Mai-Juni 28 1/12 Rt. — **Petroleum** raffin. (Standard white) pr. 100 Kilgr. mit Faß: loko 14 Rt. B., per diesen Monat 13 11/24—⅝ Rt. bz., Dez.-Jan. do., Jan.-Febr. 13⅞ bz, Febr.-März 13⅞ bz. — **Spiritus** pr. 100 Liter à 100° = 10,000% loko ohne Faß 23 Rt. 3—10 Sgr. bz., per diesen Monat —, loko mit Faß —, per diesen Monat 23—23 Rt. 7 Sgr. bz., Dez.-Jan. 22 Rt. 28 Sgr. bis 23 Rt. 4 Sgr. bz, April-Mai 23 Rt. 2—8 Sgr. bz., Mai-Juni 23 Rt. 5—12 Sgr. bz., Juni Juli 23 Rt. 16—20 Sgr bz. — **Mehl.** Weizenmehl Nr. 0 11½—10⅞ Rt., Nr. 0 u. 1 10½—9⅝ Rt., Roggenmehl Nr. 0 9—8½ Rt., Nr. 0 u. 1 8½ 8 Rt. pr. 100 Kilogr. Brutto unversteuert inkl. Sack. — Roggenmehl Nr. 0 u. 1 pr. 100 Kilgr. Bro unversteuert inkl. Sack, per diesen Monat 8 Rt. 9—10½ Sgr bz., Dez.-Jan. 8 Rt. 8½—9 Sgr. bz., Jan.-Febr. 8 Rt. 7—8½ Sgr. bz., April-Mai 8 Rt. 3½ Sgr. G. (B. H. Z.)

Stettin, 12. Dez. [**Amtlicher Bericht.**] Wetter: klare Luft. — 8° R Morgens — 12° R. Barom. 28. 6. **Wind:** SW. **Weizen** ruhig, pr. p. 2000 Pfd. loko alter gelber geringer 68—72 Rt., besserer 73—77 Rt., neuer gelber geringer 69—73 Rt., besserer 74—77 Rt., feiner 78—79 Rt., pr. Dez. 79 B, Frühjahr 81½, 80⅞ bz., 81 B. u. G., Mai-Juni 81½ B. — **Roggen** etwas matter, p. 2000 Pfd. loko alter geringer 50—52 Rt., neuer 53—54 Rt., feinster 54½ Rt., Dez. u. Dez.-Januar 54½, 54 bz u. G., 54½ B, Jan.-Febr. 54⅞ B., Frühjahr 55⅞, ½ bz u. G, 55⅞ B., Mai-Juni 56½ G. — **Gerste** ohne Umsatz. — **Hafer** unverändert, p. 2000 Pfd. loko 42—46 Rt., Frühjahr 46½ bz — **Erbsen** stille, p. 2000 Pfd. loko Futter- 48—49½ Rt., Koch- 50—51 Rt., Frühjahr Futter- 5?¾ B. — **Rüböl** stille, p. 200 Pfd. loko 27⅞ Rt. B., Dez 27½ B, April-Mai 28 bz., B. u G. — **Spiritus** wenig verändert, per 100 Liter a 100% loko ohne Faß 22½ Rt. bz, mit Faß 22⅓ bz., Dez. 22 7/12, ⅝ bz., Dez.-Jan. u Jan.-Febr. 22⅓, 7/12 bz., Frühjahr 22 7/12, ⅝ bz. — **Angemeldet:** 3000 Ctr. Roggen 20 000 Liter Spiritus. — **Regulirungspreise:** Weizen 79 Rt., Roggen 54½ Rt., Rüböl 27⅓ Rt., Spiritus 22⅝ Rt. — **Petroleum** steigend, loko 6⅝, 7/12, ⅔, ⅝ bz., Regulirungspreis 6⅝ Rt, Dez. 6⅝ bz u. B., Febr. 6⅝ bz. u. B (Ostf.-Z.)

Breslau, 12 Dez. [Amtlicher Produkten-Börsenbericht.] **Kleesaat** rothe, unverändert, ordinär 15—16, mittel 17—19, fein 20—21, hochfein 21—22 Thlr. — **Kleesaat**, weiße, sehr fest, ordinär 16—17, mittel 18—20 fein 21—23 hochfein 24—25 Thlr. — **Roggen** (p. 2000 Pfd.) fest, pr. Dez. 54 G., Dez.-Jan. u. Jan.-Febr. 54 B., Febr.-März 54 G., April-Mai 54½ G., Mai-Juni 55½ B., ⅜ G. — **Weizen** pr. Dezbr. 78 B. — **Gerste** pr. Dezbr. 49 B. — **Hafer** pr. Dezbr. 43½ bz., April-Mai 4?⅞ bz. — **Lupinen** steigend, p. 90 Pfd. 43—50 Sgr. — **Raps** pr. Dezbr. 122 G. — **Rapskuchen** gefragt, pr. Ctr 77—78 Sgr. — **Leinkuchen** begehrt, pro Ctr. 95—96 Sgr. — **Rüböl** still, loko 14½ B., pr. Dezbr. 14½ bz., Dez.-Jan. 14 1/12 B., Jan.-Febr. u. Febr.-März 14 B., April-Mai 14 B., Mai-Juni 14½ B., Sept.-Okt. 13½ B. — **Spiritus** ruhiger, loko pr. 100 Liter à 100% 23½ B., 22⅞ G., pr. 100 Liter à 100% pr. Dez. 23½ G., Dez.-Jan. 23⅓ G., April-Mai 23⅔ G. Mai-Juni 23⅔ bz u B. — **Zink**, gestern nach der Börse schles. Verein 6⅞, Dez.-Lieferung 6—21 bz., diese Preise bleiben Geld.

Die Börsen-Kommission.

Preise der Cerealien.

Breslau, den 12 Dezbr.

Festsetzungen der polizeil. Kommission.

	In Silbergroschen pro preuß. Schffl. feine	m.	ord. W	In Thlr., Sgr. und Pf. pro 200 Zollpfund = 100 Kilogramms. feine						mittle						ord. Waare.		
Weizen w.	100-103	98	89—94	7	28	—	8	5	—	7	23	—	7	2	—	7	14	—
do. g.	97—99	96	84—94	7	21	—	7	26	—	7	18	6	6	20	—	7	14	—
Roggen	69—70	65	61—63	5	14	—	5	17	—	5	7	—	4	25	—	5	—	—
Gerste	54—57	53	51—52	4	26	—	5	4	—	4	23	—	4	18	—	4	20	6
Hafer	32—33	31	— 30	4	8	—	4	12	—	4	4	—	—	—	—	4	23	—
Erbsen	73—78	70	63—67	5	12	—	5	23	—	5	5	6	4	20	—	4	—	—

Per 100 Kilogramm Netto — Festst. d. v. d. Handelsk. eing. Komm.

	feine			mittle			ord. Waare.		
	Th.	Sgr	Pf	Th.	Sgr	Pf	Th.	Sgr	Pf
Raps	12	10	—	11	20	—	10	25	—
Winterrübsen	11	20	—	11	2	6	10	12	6
Sommerrübsen	10	25	—	10	12	6	9	27	6
Dotter	9	10	—	9	—	—	8	15	—
Schlaglein	9	15	—	8	25	—	8	15	—

(Brsl. Hdls.-Bl.)

Bromberg, 12 Dezember. **Witterung:** klar. Morgens 10°—, Mittags 7°—. — **Weizen:** 120—125pfd. 74—76 Thlr., 126—130pfd. 77—82 Thlr pr. 2125 Pfd. Zollgew. — **Roggen** 115—124pfd 48—50 Thlr. pr. 2000 Pfd Zollgew. — **Erbsen** 46—51 Thlr. pr. 2250 Pfd. Zollgew. — **Spiritus** ohne Zufuhr. (Bromb. Ztg.)

Neueste Depeschen.

London, 12. Dezember, Abends 10 Uhr. Der Prinz von Wales brachte den heutigen Nachmittag und Abend sehr unruhig zu. Die Erschöpfung der Kräfte hat sich jedoch nicht vermehrt, die Königin verweilt fortwährend in Sandringham.

Rom, 12. Dez. Der Finanzminister schlägt vor, den Staatsschatzdienst fünf Banken anzuvertrauen, die Nationalbankbillets bis auf 1000 Millionen zu vermehren, neue Steuern im Betrage von 30 Millionen auf Gewebe, Petroleum einzuführen; weiter projektirt er die Einregistrirung der Stempel, sowie die fakultative Konvertirung des Nationalanlehens in konsolidirte Rente, Operation mit Kirchengüter-Obligationen, wodurch 740 Millionen erspart werden und das Defizit für die fünf nächsten Jahre gedeckt ist. Der Finanzminister schließt, es sei Zeit, konservative Politik zu machen. Das Exposé wurde bestens aufgenommen.

Druck und Verlag von W. Decker & Co. (E. Röstel) in Posen.